

Raue'scher Neueste Nachrichten Rotationsdruck und Verlag: Cassroper Zeitung (Geschw. Schmick), Cassrop **Bladenhorst'sche Tageblatt**

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Cassrop und die Ämter Raue und Bladenhorst

Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Cassrop, der Ämter Raue und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Im Reichstag wird vielfach von einer Reichstagsauflösung gesprochen. Man glaubt aber doch, daß es möglich sein wird, daraus herauszukommen. Denn niemand sieht nach Wahlkämpfen, die bei der Erregtheit der Beweiter ungewöhnlich heftig werden müßten. Man glaubt, daß es möglich sein wird, mit Hilfe einer Sonntagssitzung die Sommertagung des Reichstages zu Ende zu bringen.

Wegen Verächtlichmachung des Reichskanzlers ist das Erscheinen der deutschen nationalen schlesischen Gebirgsbewohner in Strichberg auf zwölf Tage vom Oberpräsidenten der Provinz Nieder Schlesien verboten worden.

Die belgische Regierung hat die Verhandlungen betreffs der Rücknahme der deutschen Mark angesichts der von der deutschen Regierung gestellten Bedingungen abgebrochen.

In Paris finden zwischen Vertretern des deutschen Kohlen Syndikats und der Reparationskommission Verhandlungen über die Kohlenlieferungen statt.

Die deutschen Farbstoffpatente in den Vereinigten Staaten sollen an den Verwalter des feindlichen Eigentums zurückgegeben werden.

In England werden ab 1. August die Eisenbahntarife um 12 Prozent herabgesetzt.

Nabel gelegt worden, das den telephonischen Verkehr zwischen den beiden Ländern ermöglichen soll. Das Nabel ist rund 160 Kilometer lang und wird nur noch von dem Telephonkabel zwischen Savanna und Florida, das 185 Kilometer lang ist, übertroffen.

Die englische Regierung ließ gestern im Unterhaus erklären, daß sie nicht daran denke, Cypern an Griechenland abzutreten.

In Southfields haben Zusammenstöße zwischen Bergarbeitern und englischer Polizei stattgefunden.

Neuerliche Putschversuche in Portugal sind unterdrückt worden, so daß die Regierung Herrin der Lage ist und wieder Ruhe herrscht.

Das dänische Handelsministerium hat einen Ausschuß zur Gewährung staatlicher Exportkredite eingesetzt.

Neuter meldet aus Washington: Die Anthrazitkohlenbergarbeiter haben den Schiedsgerichtsvorschlag des Präsidenten Harding angenommen.

Die von der deutschen Regierung erbetene Ent-

könne das Zeitmotiv der französischen Politik werden. Demgegenüber vertritt das linksstehende „Deuxre“ einen durchaus entgegengesetzten Standpunkt.

Paris, 13. Juli. In der Note ist auch zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Regelung der Reparationszahlungen allein nicht ausreiche, um die notwendige Entlastung auf dem Devisenmarkt zu bringen. Es müßte vielmehr auch für die sonstigen Zahlungen aus dem Friedensvertrag wie z. B. die Verpflichtungen des Clearingverkehrs eine andere Regelung getroffen werden. Da für die sonstigen Zahlungen die Reparationskommission nicht zuständig ist, wird im Anschluß an die Moratoriumsnote eine ergänzende Note an die beteiligten Regierung gerichtet werden.

Die Haftung Belgiens.
 Haag, 13. Juli. „Daily Telegraph“ meldet aus Brüssel: In belgischen amtlichen Kreisen werde von dem Bericht des Garantiefomitees der Nachweis erwartet, daß Deutschland die wichtigsten der Wiedergutmachungskommissionen vorgeschlagenen Maßnahmen nicht durchgeführt habe, um die anerkannten Schulden zu tilgen. Danach sei kein Zweifel, daß eine neue interalliierte Konferenz stattfinden könne.

Los Seilschen um Deutschland denken

Paris, 19. Juni. (w. a. v. r.) Der Pariser Berichtskatler der Daily Mail will wissen, daß Nathanael kurz vor seinem Tode einem Mitglied der internationalen Kommission in Berlin erklärte, daß Deutschland eine Anleihe von vierhundert Millionen Pfund Sterling aufnehmen könnte, da der Betrag in ausländischen Devisen, aber welche Deutschland in verschiedenen fremden Banken verlegt, sehr hoch sei. Staatssekretär Bergmann habe erklärt, daß die ausländischen Devisen nur 250 Millionen Pfund betrügen. Verschiedenen Berichten zufolge, sind die Mitglieder des internationalen Garantieauschusses überzeugt, daß es unmöglich wäre, die ausländischen Devisen Deutschlands wieder nach Hause zu schaffen.

Der wirksamste Anstoß, solche Devillen herein-
zubringen, liegt bei der Entente selbst durch
Änderung ihrer widerwärtigen Reparationspoli-
tik. Im Punkt: Kapitalkucht jederlei Art kann
nur stets hierauf verwiesen werden, daß es einer
Verbesse rung durchaus nicht allein in deutscher
Macht liegt, so wohlbergt man auch Strafbefrei-
ung eintreten ließe.

Eine englische Reparationsanleihe?

Vollkommene Finanzkontrolle als Bedingung

Paris, 13. Juli. Die Pläne der englischen Regierung zur Verbesserung der deutschen Finanzlage laufen bekanntlich auf die Gewährung eines Moratoriums und einer internationalen Anleihe hinaus. Man macht sich aber in London wenig Illusionen darüber, daß man in diesem Augenblick auf eine wirkliche Mithilfe Amerikas rechnen könne. Deshalb werde man vielleicht eine Aufruf an das englische Volk richten, eine große Reparationsanleihe zu zeichnen. Es seien genügend Garantien für eventuelle ausländische Anleihegeher in Deutschland vorhanden, vor allem die englische Forderung.

Paris, 19. Juli. Der „Gefair“ teilt mit, daß nach seiner Erkundigung die Reparationskommission Deutschland wahrscheinlich einen Zahlungsausschuß unter folgenden Bedingungen gewähren werde:

1. Einrichtung einer alliierten Finanzkontrolle in Deutschland;
2. Gewährung einer Zahlungsfrist für die äußeren Schulden Frankreichs;
3. Ausgabe einer internationalen Reparationsanleihe für Deutschland.

Das Komitee Morgan wird wahrscheinlich von neuem eingeladen werden, sich zu versammeln, um über die Anleihefrage zu beraten.

Paris, 13. Juli. Die Blätter bringen heute sämmtlich in größeren Aufmachungen den von Deutschland gemachten Antrag auf ein Votato-

rum und unerfährten, daß man gerade dies Moratorium in Paris erwartet habe und von ihm nicht überflüssig worden sei. Ueberhaupt sei man in Paris nach dem „Petit Parisien“ nur deshalb, daß Deutschland nicht nur ein Moratorium verlange, sondern auch einen weiteren Aufschub der Zahlungen bis zu dem Tage, an dem durch eine auswärtige Anleihe der deutsche Geldkurs gestiegen sei. Französischerseits scheint man die Frage eines Moratoriums einer ersten Prüfung zu unterziehen und für den Fall, daß die Zahlungen in Geld von Deutschland aufhörten, könne man von Deutschland eine Zahlung in Naturalien verlangen oder eine Teilrate Frankreichs an den deutschen Industriellen Unternehmungen. Diese letztere Angabe wird besonders von der Presse vertreten. Nach dem „Echo de Paris“ nennt man als Garantie die Ruhr. Die Deckung der Ruhr

Der Fehlschlag der Haager Konferenz.

London, 18. Juli. Nach den letzten Nachrichten aus dem Haag, ist man hier von dem Scheitern der Haager Konferenz überzeugt. Die Leitartikel sämtlicher großer Blätter haben sich — obwohl immer noch eine Möglichkeit auf Weiterführung der Konferenz besteht — auf diese Überzeugung eingestellt und verurteilen die Politik der Sowjetdelegationen.

Die innere Krise.

Berlin, 11. Juli. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt über die innere Krise: Die Situation im Reichstag ist augenblicklich zweifellos ernst. Das Verlangen der Gewerkschaften, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, hat außerordentlich überrascht. Das Zentrum und die Demokraten sehen darin einen unerträglichen Druck außerparlamentarischer Faktoren auf den Reichstag. Diesem Druck könne unter keinen Umständen nachgegeben werden, da sonst die politischen Konsequenzen unabsehbar wären. Unter andern würde das Ausmaß dieser Aera von Parlamentarismus nicht verstanden, der politische Kredit würde von neuem sinken. Man hofft in parlamentarischen Kreisen, daß es doch nicht zum Neukertzen kommt und eine Auflösung des Reichstags vermieden wird. Die beiden Fraktionen des Zentrums und der Demokraten sind nach wie vor bereit, die Unabhängigen in den Vork auszunehmen, aber nur dann, wenn auch die Deutsche Volkspartei mit in diese Kombination einbezogen wird. Man gibt aber zu, daß zunächst der Reichspräsident und der Reichskanzler als die verfassungsmäßig berufenen Stellen sich zu der Schlichte äußern müssen. In einer Besprechung, die die demokratischen Abgeordneten Dr. Petersen und Dr. Haas gestern mit dem

Reichstanzler hatten, wurde dies klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist übrigens im Reichstag bekannt geworden, daß auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes bei den deutschen Vertretungen im Ausland, wie das Ausland eine Auflösung des Reichstages aufnehmen würde, die Antworten eingegangen seien, überall werde eine solche Auflösung für sehr verhängnisvoll erachtet. Der Reichspräsident wird noch im Laufe des heutigen Tages in Berlin erwartet und dürfte dann sofort in den Gang der Dinge eingreifen. Man nimmt an, daß er durch Ausgleichsversuche die Krise beizubringen werde. In den Verhandlungen der Reichstagsausschüsse am heutigen Tage ist jedenfalls keine Nervosität bemerkbar; die Arbeiten werden sämtlich in der bisherigen Weise erledigt; auch die sozialdemokratischen Parteien nahmen eine durchaus ruhige Haltung ein. Auf heute abend 6 Uhr ist eine Versammlung angesetzt, um die zurzeit noch auseinandergehenden Ansichten über einzelne Bestimmungen des Schutzes durch gegenseitiges Entgegenkommen zu kompensieren. Der Zentrumsführer Dr. Marx wird vorher mit der Deutschen Volkspartei und der sozialdemokratischen Parteiführer Hermann Müller mit den Unabhängigen Rücksprache nehmen. Alsdann werden die Koalitionsparteien unter sich eine gemeinsame Grundlage für die dritte Lesung des Schutzes zu finden suchen.

Die Sozialdemokraten bestehen auf eine Koalition nach links.

Berlin, 13. Juli. Gestern vormittag fanden im Reichstag Besprechungen der Gewerkschaften mit den sozialistischen Parteien statt, in denen die Gewerkschaften erneut ihre Unzufriedenheit mit den Beschlüssen des Ausschusses über den Gesetzesentwurf zum Schutze der Republik zum Ausdruck brachten. Die Sozialdemokraten betonten, daß sie entgegen anderslautenden Zeitungsmeldungen unbedingt auf der Koalition nach links bestanden. Dem Reichstanzler wurde von diesem Beschlusse Mitteilung gemacht. Er hat sich noch heute abend mit dem Reichspräsidenten, der in Freudenstadt weilt, in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, sofort nach Berlin zurückzufahren. Die Mehrheitssozialisten bestehen darauf, daß die Unabhängigen in die Regierung aufgenommen werden.

Die Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

Berlin, 13. Juli. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird der Reichspräsident am nächsten der ungelassenen politischen Lage seine Kur in Freudenstadt unterbrechen und nach Berlin zurückkehren. Er folgt dabei einem besonderen Wunsch des Reichstanzlers, den dieser zum Ausdruck gebracht hat, nachdem die Sozialdemokraten heute erneut betont hatten, daß sie unbedingt auf der Erweiterung der Koalition nach links bestehen. Die Gewerkschaften hatten heute Besprechungen mit der sozialdemokratischen Partei im Reichstag, in denen sie die letzte Fassung des Gesetzes zum Schutze der Republik als unzureichend erklärten.

Siehe die Reichstagsauflösung.

Frankfurt a. M., 13. Juli. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Frankfurts hat dem Reichstagsabgeordneten Kaiser in Berlin folgende telegraphische Entschiedenheit ausgedrückt: Großfrankfurter Sozialdemokratie hält Fraktionsbeschlüsse ungenügend, weil energieloses Verhalten auf Verankerung der Regierung steht, da sonst kraftvoller Schutze der Republik und Hoffnung auf Einigung mit den Unabhängigen ausbleibt. Fortbestand aller Koalition unmöglich. Reichstagsauflösung notwendig. Unterschrift: Großfrankfurter Sozialdemokratie.

Die Reichstagsauflösung wieder nahgerückt.

Berlin, 13. Juli. Wie die B. Z. hört, haben die demokratischen Führer dem Reichstanzler keine Zweifel darüber gelassen, daß ihre Fraktion nach wie vor auf dem Standpunkt beharre, eine demokratische Partei könne sich dem Druck der Gewerkschaften als eine außerparlamentarische Instanz nicht fügen. In Zentrumskreisen lehnt man eine Einwirkung der Gewerkschaften auf die Bildung der Reichsregierung ebenso entschieden ab.

Besprechung des Reichspräsidenten mit den Parteien.

Berlin, 13. Juli. Nach der Rückkehr des Reichspräsidenten der heute abend zurück erwartet wird, werden sofort Besprechungen mit dem Reichstanzler und mit den Parteien beginnen, um eine Klärung der Situation herbeizuführen. (Siehe auch „Letzte Drahtmeldungen.“)

Scharf umgrenzte Stellungnahme.

Berlin, 13. Juli. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, lehnt auch die demokratische Reichstagsfraktion das Eingreifen außerparlamentarischer Instanzen, wie es die Gewerkschaften sind, durchaus ab. Eine solche Regierung dürfe nicht gebildet werden. Die politische Lage wird durchaus ruhig beurteilt. Der Reichspräsident und der Reichstanzler seien verfassungsmäßig Persönlichkeiten, die die Dinge zu entscheiden hätten, und gegen anderslautende Nachrichten wird festgestellt, daß die demokratische Reichstagsfraktion einmütig hinter dem Reichswehrminister Dr. Gessler steht. Wie wir weiter hören, wird das Reichskriminalgesetz in dieser Tagung voraussichtlich nicht erledigt werden.

Scharfe Angriffe gegen den Reichstanzler.

München, 13. Juli. Der „Bayerische Kurier“ wendet sich in einem scharfen Artikel gegen die vorgeschlagene Reichstagsrede des Reichstanzlers Dr. Brüß, besonders gegen seine Behauptung, daß in Bayern gegen eine große Masse registriert werde. Das Blatt wirft dem Reichstanzler das Recht ab, einen Einspruch auf die Bildung und Zusammensetzung der Regierungskoalition auszuüben zu wollen und erklärt, eine verfassungswidrige Einwirkung von außen könne Bayern in diesem Punkte nicht dulden, ob und wie eine Bildung vom Reichstag demokratischen Parteien oder vom Reichstanzler erfolge. Weiter wird gefragt, ob sich Dr. Brüß bewußt sei, wie es im bayerischen Volk wirken müsse, wenn der Kanzler des deutschen Reiches in der Form, wie er es in seiner Rede getan hat, die Möglichkeit einer Auslösung aus dem Reichsverbande erdörte.

nicht dulden, ob und wie eine Bildung vom Reichstag demokratischen Parteien oder vom Reichstanzler erfolge. Weiter wird gefragt, ob sich Dr. Brüß bewußt sei, wie es im bayerischen Volk wirken müsse, wenn der Kanzler des deutschen Reiches in der Form, wie er es in seiner Rede getan hat, die Möglichkeit einer Auslösung aus dem Reichsverbande erdörte.

Bayrische Stimmen gegen die Kanzlerrede.

München, 13. Juli. Die Reichstanzlerrede hat in dem Teil, der sich gegen Bayern richtet, in der gesamten Presse der Regierungsparteien in Bayern ein überaus kräftiges Echo gefunden. Die Münchener Neuesten Nachrichten weisen die Angriffe, als ob in Bayern gegen die Arbeiterklasse registriert werde, mit dem Bemerkten zurück, daß die sozialdemokratischen Parteien gerade in Bayern nur einen Teil der Arbeiterschaft vertreten, und daß die Mehrheitssozialisten den Eintritt in die Regierung trotz Einladung verweigert haben. Das Organ der Bayerischen Volkspartei schreibt scharf in der Form: In Bayern hat sich die Sozialdemokratie, die die Hauptverantwortung für die Reichsregierung trägt, nicht nur selbst aus der Koalition ausgeschlossen, sondern durch ihre Politik auch bewiesen, daß sie zu einer wirklichen Staatspolitik nicht befähigt und nicht anständig ist. Wäre dem aber auch nicht so, so hätte der Kanzler des deutschen Reiches dennoch nicht die Befugnis, die Art, wie ein Land seine verfassungsmäßigen Rechte ausübt, einer abschätzigen Kritik zu unterziehen.

Annahme des Amnestiegesetzes durch den Reichstag.

Berlin, 13. Juli 1922. Die Interpellation Herr (Dnt.) über die Straßendemonstrationen und die Einstellung der Verkehrsmittel im Reich am 4. Juli soll in der geschäftsbildungsmäßigen Zeit beantwortet werden. Zur Beratung steht die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über Ermäßigungen betr. Zoll-erhöhungen, durch die der Reichsregierung die Möglichkeit gegeben ist, die Einnahmestellen im Falle dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses zu erhöhen. Die Vorlage wird auf Antrag des Abg. Gildemeister (D. V. P.) mit der Änderung angenommen, daß statt des vollstreckungswirksamen Ausschusses des Reichstages ein besonderer Reichstagsausschuß von 28 Mitgliedern mitwirken soll.

Es folgt die Annahme des von den Abg. Müller-Franken (Soz.), Marx (Ztr.), Erlesenz (Dem.) eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes über Änderungen der Reichsverfassungsordnung, durch die gewisse Erleichterungen bei der Geltendmachung von Ansprüchen gewährt werden sollen. Annahmen wird ferner der Gesetzesentwurf zur Ausführung des Staatsvertrages über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich.

Die Amnestievorlage.

Der dann zur Beratung stehende Gesetzesentwurf sieht Straffreiheit für hochverräterische Vergehen gegen das Reich vor, soweit diese im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 beantragen wurden. Ausgenommen sind Straftaten, die von Sondergerichten im Jahre 1921 verurteilten Personen soll Straffreiheit gewährt werden, soweit die mit den hochverräterischen Unternehmungen gegen das Reich im Zusammenhang stehenden Handlungen nicht lediglich auf Mord oder anderen nicht politischen Verbrechen beruhen. Von der Amnestie ausgeschlossen sind qualifizierte Mord (Ztuna, schwere Körperverletzung, schwerer Raub, Brandstiftung, vorbestimmte Eisenbahntransportverhinderung, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz). Die sozialdemokratische Fraktion lehnt die Amnestie auch auf den Eisenbahnerstreik aus, lehnte der Ausschuss ab. Dagegen nahm er eine Einschränkung an, in der die Eisenbahnverwaltung ausgenommen wird, bei den Disziplinierungen Mißstände wälzen zu lassen.

Abg. Schmidt-Meisen (Soz.) hält die Vorlage für nicht ausreichend. Die Amnestie müsse auf alle politischen Straftaten ausgedehnt werden. Der Reichsverkehrsminister Brüß erwidert sich gegen die Einschränkung der Eisenbahner auf das Gesetz aus, da es sich um keinen politischen, sondern um einen wirtschaftlichen Streit gehandelt habe. Er werde äußerste Mißstände wälzen lassen, wo sie geboten erscheinen.

Abg. Dr. Vell (Ztr.) stimmt der Vorlage zu, er bittet zugleich sie nicht zu erweitern.

Abg. Reuthäuser (D. V. P.) lehnt das Gesetz ab.

Abg. Barth (Dnt.) lehnt Amnestie für hochverräterische Unternehmungen überhaupt ab. Die Amnestie sei eine der unglücklichsten Errungenheiten der Revolution. Sie töte das Reichsgefühl.

Abg. Dr. Schilling (Dem.) tritt für die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen ein. Diese Amnestie müsse aber der letzte Meilenstein sein, sonst treibe man der Anarchie zu. Der Beamtenstaat müsse als besondere staatsrechtliche Organisation erhalten werden. Deshalb müsse jeder Beamtenstreik gesühnt werden. Nach dem Willen gewerkschaftlicher Organisationen dürfe und könne sich das Parlament nicht richten. (Beifall linker Fraktionen.) Ein Volk von 70 Millionen Menschen dürfe nicht von einer Genossenschaft von wenigen Mitgliedern abhängig gemacht werden.

Abg. Rosenfeld (Unabh.) zieht nur in der Amnestie die Wiederkehr der Reichsicherheit.

Abg. Reich (Bayr. Vpt.) von links mit lebhafter Unruhe empfangen: Hoffentlich erbliden Sie in meiner Zugehörigkeit zu Bayern nicht schon eine Provokation. (Zuruf Redebour: Sie sind mitbender Umstand! Erneute Heiterkeit.) Eine allgemeine Amnestie ist besonders bedenklich, wenn dabei in die Justizhoheit der Länder eingegriffen wird. In Berlin heißt es, es könne jeden Tag in Bayern losgehen, in München heißt es, die Gewerkschaften machten mobil, es könne jeden Tag in Berlin losgehen.

Abg. Böhm (Komm.) nennt die Amnestie ein Gebot der Menschlichkeit.

Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird unverändert nach den Ausschlußbeschlüssen in zweiter Lesung angenommen, ebenso die Entscheidung, die eine milde Disziplinargewalt gegenüber den im Eisenbahnerstreik beteiligten Beamten verlangen.

Es folgt die dritte Lesung des Arbeitsnachweisgesetzes. Beschlossen wird, daß die gewerkschaftliche Stellenvermittlung vom 1. Januar 1931 ab als verboten gilt. Mit diesem Zeitpunkt erlischt die erteilte Erlaubnis zum Gewerbebetrieb eines Stellenvermittlers. Denjenigen Stellenvermittlern, die zu dieser Zeit das Gewerbe mindestens seit 2. Juli 1919 aufgrund gewerblicher Erlaubnis ausüben, ist eine angemessene Entschädigung zu gewähren, deren Höhe durch ein besonderes Gesetz bestimmt wird.

Das Gesetz wird im Wesentlichen unverändert angenommen.

Der Haus verlag sich auf Freitag 3 Uhr: Nationalfeiertag, Rottage der Presse, Disziplinargesetz für die Wehrmacht, Verordnung gegen Preistreibern.

Schluß 7 Uhr.

Aus dem Reich.

Gesellschaftliche Feiertage.

Berlin, 13. Juli. Laut „Vorwärts“ hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den die Frage der Feiertage reichsgesetzlich geordnet werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt, die beiden Oertage, die beiden Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August, und in Süddeutschland der Fronleichnamstag und in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, die Vet- und Wuktage und der 1. Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Die abzugsfähigen Werbelosten.

Berlin, 13. Juli. Im Steuerauschuß des Reichstages wurden heute die Werbelosten auf 10.800 Mark festgesetzt. Ein Antrag Dr. Beder-Gessen (D. V. P.) auf Anrechnung der zuviel bezahlten Zinsen für das Reichsnoteopfer auf die Einkommensteuer wurde angenommen. Damit ist die zweite Lesung der Einkommensteuernovelle erledigt.

Kein autonomes Oberschlesien.

Berlin, 13. Juli. Die Zentralkommission für Gliederung des Reiches hat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch getagt. Sie hat sich in der Schlussitzung mit der Autonomie Oberschlesiens beschäftigt. In dieser Sitzung gab der Vertreter des Zentrums, Herr Dr. Dinko, die Erklärung ab, daß, nachdem die preussische Regierung dem Zentrum Zugeständnisse in der Frage der Schule und Kirche gemacht habe, auch das Zentrum keine Parole mehr ausgeben werde, bei der Abstimmlung für einen Bundesstaat Oberschlesien einzutreten. Da auch die übrigen Parteien mit Einschluss der Sozialdemokraten sich nicht für einen selbständigen Bundesstaat Oberschlesien einsetzen werden, kann das Ergebnis der Abstimmung schon jetzt als feststehend betrachtet werden. Es wird keineswegs die notwendige Mehrheit bei der Volksabstimmung für einen Bundesstaat Oberschlesien zu finden sei. Damit ist der Gedanke an einen autonomen Bundesstaat Oberschlesien endgültig erledigt.

Auf der Suche nach den Rathenau-Mördern.

Magdeburg, 13. Juli. Es bestehen Anzeichen dafür, daß in der Gegend von Halle zahlreiche Selbstbesserer der Rathenau-Mörder sich aufhalten, die einerseits den Mördern kleine Dienste leisten, andererseits aber versuchen, die Polizei irre zu führen. Erschwert wird die Verfolgung jedenfalls dadurch, daß gerade in der letzten Zeit in den in Betracht kommenden Gegenden zahlreiche Radfahrer aufgefunden, die häufig in ihrer Kleidung eine gewisse Ähnlichkeit mit denjenigen der Mörder aufweisen. Dadurch kommt es auch, daß aus den verstreuten Gegenden immer wieder Meldungen eintreffen, daß die Mörder gesehen worden sind. Neuerdings verfolgt ein größeres Kommando von Kriminalbeamten eine neue Spur, die nach Halle-Bismarck führt. Systematisch werden sowohl die Dörfer als auch die Wege der Umgebung von Radfahrerpattrollen, Beamten mit Motorrädern und solchen mit Spürhunden abgesucht.

Die Rathenau-Mörder in Anhalt.

Magdeburg, 13. Juli. Wie der Staatsrat für Anhalt mitteilt, befinden sich nach einer Bekanntmachung des Regierungskommissars in Magdeburg die beiden Mörder Rathenau in Anhalt. Die Anhalter Sicherheitspolizei hat Maßnahmen getroffen, um das Land abzusperren. Presse und Publikum werden aufgefordert, die Fahndungsarbeiten nach den Mördern zu unterstützen. Beide Täter bewegen sich nach Fahrdrader.

Ein Helfershelfer der Mörder.

Stuttgart, 13. Juli. In Göttingen im Alau hielt sich seit einiger Zeit ein Gast auf, der sich Graf von Brandenbühl nannte. Da er in der letzten Zeit verschiedentlich Sendungen unter verschiedenen Adressen erhielt, wurde man auf ihn aufmerksam. Ein Landjäger, der sich nach dessen Zimmer begab, fand dieses leer. Der Herr Graf hatte ihn kommen sehen und war nach dem Dachboden geflüchtet. Als der Beamte ihm dort hin folgte, schoß er sich eine Kugel ins Herz. Man bringt die Angelegenheit mit der Ermordung Rathenau in Verbindung.

Warnung vor einer Begünstigung der Mörder.

Berlin, 13. Juli. Amtliche Meldung: Nach den Feststellungen der Berliner politischen Polizei haben sich die beiden noch nicht ergriffenen Mörder des Ministers Rathenau in der Zeit nach dem Mord in den verschiedensten Orten bei ehemaligen Kameraden oder Gefinnungsgegnern verborgen gehalten. Es ist damit zu rechnen, daß sie auch weiterhin verlinen werden, im Kreis ihrer Anhänger Unterschlupf zu finden. Eine solche Unterstützung bedeutet eine Begünstigung im Sinne des Strafgesetzbuches und zieht schwere Freiheitsstrafen nach sich. Es wird daher dringend davor gewarnt, den flüchtigen Mördern irgendwelchen Beistand zu leisten. In den letzten Tagen hat die Berliner Polizei bereits mehrere Personen festgenommen, die sich wegen solcher Begünstigung vor dem Strafgericht zu verantworten haben werden.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Pflichten der Beamten gegen die Republik.

Berlin, 14. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der dem Absatz 2 des § 13 über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik folgende Fassung gibt: „Rechtsbeamte, die mit dem Schutze der Republik besonders betraut sind, haben sich außerhalb ihrer Amtstätigkeit jeder tätigen Anteilnahme an Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu enthalten.“

Das Reichskriminalgesetz.

Berlin, 14. Juli. Der Reichsrat nahm das Reichskriminalgesetz mit 56 gegen 10 Stimmen an. Das Gesetz wird vom Reichstag in dieser Session nicht mehr verabschiedet werden, weil Preußen, Sachsen und Bayern Verwahrung dagegen einlegten, daß das Reich den Ländern so wichtige Exekutivrechte nehme.

Gleitende Diätenkala für den Reichstag.

Berlin, 14. Juli. Ähnlich wie der Landtag wird auch der Reichstag sich nach vor den Ferien seine Diäten erhöhen und zwar wie es heißt auf 10.000 Mk. monatlich. Außerdem soll beschloffen werden, diese Summe durch eine Indexklausel der jeweiligen Wirtschaftslage automatisch anzupassen.

Verzögerung der Ankunft des Reichspräsidenten.

Berlin, 14. Juli. Der Reichspräsident Eberl trifft entgegen der ursprünglichen Annahme erst morgen (Samstag) vormittag in Berlin ein.

Auflösung der Stahlhelmorganisation.

Berlin, 14. Juli. Der Minister des Innern Severing hat nach dem Vorbild Sachsen durch eine auf die §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 28. Juni 1922 gestützte Verfügung alle Gau- und Bezirksgruppen des Stahlhelm-Bundes aufgelöst.

Abbruch der Haager Konferenz Anfang der kommenden Woche.

Haag, 14. Juli. Wie der Sonderberichterstatter der T. U. mitteilt, ist man in den Kreisen der Deputierten der Konferenz allgemein der Ansicht, daß die Haager Konferenz zu Beginn der nächsten Woche ergebnislos auslaufen wird. Die nicht-russischen Ausschüsse haben für ihre Regierungen bereits separate Berichte fertiggestellt, worin die Mißerfolge der Verhandlungen mitgeteilt werden und die gegebenenfalls später die Grundlage für die Wiederanbahnung der Unterhandlungen dienen sollen.

Maxim Gorki nach Deutschland geflohen?

Paris, 14. Juli. Nach dem „Matin“ soll es dem bekannten russischen Dichter Maxim Gorki, den die Moskauer Regierung verhaften lassen wollte, gelungen sein, über die Grenze nach Deutschland zu entkommen.

„Erfindung“ des europäischen Bolschewismus.

München, 13. Juli. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei führt ihren Kampf gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und besonders gegen die Schaffung eines Staatsgerichtshofes fort. Sie schreibt: Wir stehen bei der Einrichtung des Staatsgerichtshofes auf einem Wendepunkt des deutschen Verfassungsrechtes und Kulturlebens. Zum erstenmal wird hier offiziell und von den gesetzgebenden Gremien eine Erklärung des europäischen Bolschewismus in die Wirklichkeit umgesetzt, die Demokratie wird entthront, ausgerichtet wird die Vorläuferin der Tyrannei.

Braunschweigische Ministerliste.

Braunschweig, 13. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtages legte Minister Schiffer (D. V. P.) sein Amt infolge der von den Unabhängigen gegen ihn gerichteten Angriffe wegen seiner früheren Zugehörigkeit zum „Stahlhelm“ nieder. Damit ist die vor ungefähr 5 Wochen aus Handgekommenen Koalition im braunschweigischen Landtag wieder zusammengebrochen.

Tschischewin wieder in Berlin.

Berlin, 13. Juli. Der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Tschischewin, ist von seiner Zürcher Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt. Er wohnt im Volkshausgebäude unter den Linden.

Singe Vorkämpfer in Moskau?

Berlin, 13. Juli. (Eig. Draht.) Wie die B. Z. am Mittag von zuverlässiger Seite hören will, steht die Ernennung des Admirals v. Sings, des letzten Staatssekretärs des Außen unter Wilhelm II., zum deutschen Vorkämpfer in Moskau unmittelbar bevor. Moskau soll bereits seine Zustimmung zu seiner Ernennung erteilt haben, so sogar Sings als die erwünschteste voranschreitende Kandidatur bezeichnet haben.

Die Verantwortung für diese immerhin einigermaßen sensationelle Meldung muß natürlich dem genannten Blatte überlassen bleiben.

Tschischewin Lenins Nachfolger.

London, 13. Juli. (Eig. Draht.) Aus Moskau wird gemeldet, daß bei der Zusammenkunft des neuen Rates der Volkskommissar Tschischewin Nachfolger Lenins werden wird, während Kreinski das Auswärtige Amt übernehmen werde. Der linke Flügel besitzt also noch die Mehrheit in dem Rat. Aber selbst Trotski, welcher Unterstaatskommissar werden soll, erklärte sich mit der Ernennung Tschischewins zum Vorsitzenden einverstanden, da er im Ausland mehr Ansehen besitzt als die anderen.

Zweites Blatt der Castroper Zeitung.

Nr. 161.

Raugeler Neuere Nachrichten. • Bladenhorster Tageblatt.

Freitag, den 14. Juli 1922

Aus Castrop und Umgegend.

□ Aus der evangelischen Gemeinde. Wie wir erfahren, haben die Repräsentanten sich in eingehender Beratung erneut mit der bereits früher angestellten Frage der Errichtung einer dritten Pfarrstelle für die mehr als 10.000 Seelen zählende evangelische Pfarre Castrop befaßt und einstimmig den Beschluß gefaßt, die dritte Pfarrstelle zu gründen, weil bei der jetzigen Ausdehnung der Gemeinde und der noch zu erwartenden starken Zunahme, unter Berücksichtigung der ohnehin nicht leichten Verhältnisse des Industriegebiets, zwei Pastoren zur Bewältigung der im Interesse der seelsorgerlichen Entwicklung und geistlichen Pflege der Gemeinde wünschenswerten Arbeit nicht ausreichen. Wie wir weiter erfahren, soll Herr Pastor Balster beabsichtigen, demnächst nach nahezu 47jähriger erfolgreicher Tätigkeit in der hiesigen evangelischen Gemeinde in den Ruhestand zu treten. Die evangelische Gemeinde Castrop hätte demnach in absehbarer Zeit sich mit der Auswahl von zwei Pastoren zu befassen.

□ Der Milchpreis steigt! Von der Stadtverwaltung wird uns mitgeteilt, daß die Preisprüfungsstelle zu einer Sitzung am 12. 7. wegen Neusetzung des Milchverkaufspreises zusammengetreten war. Infolge Erhöhung der Bahnfrachten ab 1. 7. und der ungünstigen Lage auf dem Milchmarkt fand die Kommission einen Milchverkaufspreis vom 15. 7. ab von 9,50 Mk. beim Verkauf durch die Händler an die Verbraucher als angemessen.

□ M.-G.-V. „Vieherhalle“. Am kommenden Sonntag, den 16. d. Mts., veranstaltet die „Vieherhalle“, wie bereits mitgeteilt, in den Anlagen der Wirtschaft Karl Thiel an der Wittenbergerstraße ihr diesjähriges Gartenkonzert, zu welchem sie alle ihre Freunde und Gönner einladet. Der Eintrittspreis (10 Mk.) ist abzüglich 50 Pf. niedriger gehalten, um allen Schichten der Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen. Die Vortragsfolge weist ausschließlich Vokalstücke auf. Zwischenmengen wird die bekannte Mandolin- und Gitarrenvereinigung unter Leitung des Sangesbruders Hof. Wächter ihre besten Kräfte zu Gehör bringen. Hoffentlich beschert der Himmel gutes Wetter, damit allen Besuchern des Konzerts ein ungehörter Genuß beschieden ist. (Siehe Anzeiger!)

□ Aus dem Polizeibericht. Wegen schwerer Mißhandlung seiner Ehefrau mußte am Mittwochabend ein Mann in Haft genommen werden.

□ Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch an das Licht der Sonne! Die Wahrheit dieses alten Sprichwortes mußte jetzt ein angeklagter Angeklagter klammernder Hausierer erfahren. Er hatte im Oktober 1920 bereits in Castrop haufert und dabei, wie das seine Art zu sein scheint, wenn er sich unbeobachtet wußte, aus den Wohnungen genommen, was nicht net- und nagelfest war. Er glaubte, daß nun Gras über die Geschichte gewachsen sei und hatte daher Castrop am Mittwoch wieder mal einen Besuch ab. Dabei hatte er aber das Mißgeschick von einem der damals Begaunerten wiedererkannt zu werden. Diesem hatte er 1. 2. Herrenbrunnen, Damen- und Herrenschuhen, Broschen und eine Halskette, sowie einen kleineren Geldbetrag entwendet. Der Hausierer leugnete natürlich erst, aber der Zeitschreiber machte kurze Fäden und setzte die Polizei in Kenntnis, bei der der Dieb dann auch ein Geständnis ablegte. Er handelte mit Geldfälscher und Briefpapier. Da die Möglichkeit vorliegt, daß noch andere Personen von ihm be- hauptet sind, so mögen sich diejenigen, die sich in dieser Lage befinden, bei der hiesigen Kriminal- polizei melden. Nachdrücklich sei bei dieser Ge- legenheit allen Wohnungsinhabern, insbesondere den Frauen, Vorsicht gegenüber fremden Per- sonen, die sich unter irgend einem Vorwand Zutritt zur Wohnung verschaffen, angeraten. Man lasse

solche Personen nie allein und unbeobachtet, man könnte sonst, wie der geschilderte Vorfall zeigt, leicht empfindlichen Schaden erfahren.

□ Das Reite gesucht hat wieder einmal ein Junge des Ledigenheims, nachdem er anderen Mitbewohnern die Spinde gründlich revidiert und dabei Anzug, Hemden, Schürhaken und Brief- tasche im Werte von 5000 Mk. gestohlen hatte. Die Polizei ist dem Fährten auf der Spur.

□ Die Wohnungsbaubehörde. Vor einiger Zeit hatten die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte des Ruhrkohlenbezirks in einer Beratung beim Verbandspräsidenten in Essen bekanntlich he- schlossen, einheitlich 75 Prozent gemeindliche Zu- schüsse zur staatlichen Wohnungsbaubehörde, also das Dreifache der staatlichen Sätze, zu erheben und den Minister zu bitten, die Genehmigung bis zu dieser Höhe dem Verbandspräsidenten zu über- tragen. Wie wir hören, ist nunmehr ein Erlaß des Volkswohlfahrtsministers ergangen, der all- gemein die Genehmigung bis zum Dreifachen der staatlichen Sätze den Regierungspräsidenten, im Ruhrkohlenbezirk dem Verbandspräsidenten, im Rheinischen mit dem zuständigen Regierungsprä- sidenten überträgt. Inzwischen ist aber die außer- ordentliche Steigerung der Baukosten eingetreten, die die Finanzierung der ursprünglichen Bau- vorhaben ds. V. vollständig über den Rahmen ge- worfen hat. Die Stadtverwaltungen des Indu- striegebiets sind jedoch entschlossen, ihre Baupro- gramme, die der Wohnungsnot ohnehin noch nicht abhelfen, soweit wie irgend möglich durchzu- halten. Dies führte zu dem späteren Beschluß der Oberbürgermeister mehrerer Großstädte, 300 Prozent Zuschüsse zur Wohnungsbaubehörde zu erheben; das wäre das Vielfache der staatlichen Sätze. Es fragt sich, wie sich der Volkswohlfahrts- minister zu Anträgen auf Genehmigung des Vielfachen stellen wird. Bisher hatte er noch keine Veranlassung zu einer Entscheidung hier- über, wohl aber kann man aus seinen Äußerun- gen in dem oben erwähnten Erlaß Schlüsse ziehen. Die Regierungspräsidenten und der Ver- bandspräsident werden darin nämlich ausdrücklich angewiesen, das Dreifache nicht schematisch und auf allgemeine Nebenbedingungen über große Bau- vorhaben und hohe Baukosten hin zu genehmigen, sondern genau zu prüfen, ob die Unterlagen über die geplanten Bauaufwendungen und über die finanzielle Belastung der Bevölkerung ausreichen. Man sieht also, daß der Minister hier schon die Genehmigungsbefugnis etwas eingeschränkt wissen will, da er denn kaum annehmen, daß er für das Vielfache überbaut zu haben sein wird. Die Verfechtung und Verschleppung der Friedensmiete, die sie bringen müßte, wäre auch nicht zu ertra- gen in dieser teuren Zeit.

□ Die große Zahl der unbefähigten Lehr- kräfte im Regierungsverbezirk. An un- befähigten Lehrkräften verzehnfacht der Rege- rungsbezirk Ruhrberg a. R. 492 katholische und 408 evangelische Lehrer, 811 katholische und 175 evangelische Lehrerinnen.

□ Die Kirchenscheiße hat ihre Höhe erreicht und die Ernte ist so gut und überreich ausgefallen, daß man selbst mit magerer Geldbörse hin und wieder für 6 und 8 Mark sich ein Pfündchen des lange entbehrten frischen Obstes leisten kann. So be- richtet der „Vorwärts“ über den Kirchenscheiße in Berlin. Er führt dann aber eine Mahnung hinzu, die auch für unsere Stadt gilt, wenn auch der Preis leider nur für Berlin diesen angenehmen Klang hat. Die Mahnung lautet: Werft die Steine oder ganze Kirchenglocken nicht auf den Bürgersteig! Denkt an Menschen mit unfähiger Gang, an Krüppel, alte Leute und Kinder, die leicht darüber hin- fallen können. Und, ihr Schwestern, tretet mit einem festen Druck des Stiefels den Stein oder die Kircheng- locke, ehe der Schaden angerichtet ist.

□ Neue Kartoffeln sind noch Delikatessen. Die Marktnotierungskommission in Essen hat in ihrer

letzten Sitzung den höchstzulässigen Verbraucher- preis für alte Speisefertigkartoffeln auf 3 Mark für weißfleischige und 2,15 Mark für gelbfleischige Ware festgelegt. Der Preis hat Gültigkeit für diese Woche (10. bis 16. Juli). Von der Festlegung von Preisen für neue Speisefertigkartoffeln ist ein- weilen Abstand genommen worden. Neue Kar- toffeln kommen zurzeit aus dem Inlande nur in ganz geringen Mengen auf den Markt. Die aus dem Auslande hereinkommende Ware ist natürlich infolge des schlechten Standes der deutschen Markt außerordentlich teuer. Die Kommission glaubt deshalb, neue Kartoffeln zunächst noch als Deli- katessen ansehen zu müssen und deswegen von der Festlegung von Höchstpreisen Abstand nehmen zu können. Neue Kartoffeln, inländische Ernte, werden voraussichtlich in acht bis vierzehn Tagen in größeren Mengen auf den Markt kommen, so daß mit einem Sinken der Preise alsdann ge- rechnet werden kann. Alte Kartoffeln sind nur noch in ganz geringen Mengen vorhanden. Die hier auf den Markt kommende Ware entstammt zum größten Teil den baltischen Ländern.

Aus dem Emschertal.

□ Raugeler Bahnhof. (Ein frecher Fahr- radmörder) stattete gestern mittag 12½ Uhr dem prakt. Arzt Dr. med. Voelkel einen Besuch ab und stahl aus dem für ein dort angeschlossenes Fahrrad. Er spezialisierte zunächst die Gelegen- heit aus und ging in die Sprechstunde, wobei er den Arzt veranlaßte, ihn auf ein angebliches Lei- den zu untersuchen. Als dieses geschehen war und der Arzt natürlich nichts den Angaben entsprechen- des feststellen konnte, entfernte er sich und nahm das Rad mit, nachdem er das Schloß mittels Nachschlüssel geöffnet hatte. Der Dieb wird wie folgt beschrieben: Alter etwa 25 Jahre, Kleidung hell, rötliche schimmernde Sport-Anzüge, der auf der linken Brustseite eine eiförmige Tät- toierung aufwies, die statt der sonst üblichen hori- zontalen Doffnung eine vertikale aufwies. Außer- dem trug der Dieb Anstiefel und Strohhut. Am Halse trug er ein Kettchen, der Rahmen ist verborgen. Ambedienliche Nachrichten sind an die nächste Polizeistelle erbeten.

□ Raugeler Bahnhof. (Ausgerückt) ist ein Koffmann, der, ohne sich anmeldet zu haben, auf der Bahnhofstraße Nr. 50 wohnte und der im Verdacht steht, ein paar anderen jungen Leuten 2 Anzüge, braune Stiefel, Uhr mit Kette usw. ge- stohlen zu haben. Der Koffmann stammt aus Danzig. Wohin er sich gewandt hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

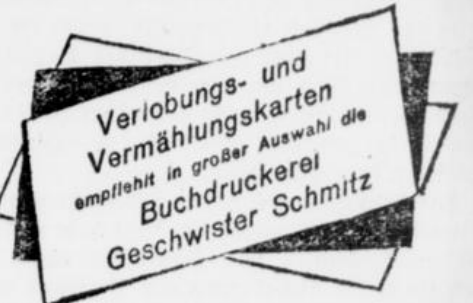
□ Menage. (Fabrizierte Lösung.) Am 1. Mai d. J. bog der Fuhrmann Karl Bütter aus Menage-Deich mit einem Kohlenfuhrwerk aus der Bismarckstraße in Menage-Deich in die belebte Karstrasse ein; er sah auf dem Bord des Wagens, obwohl er keine Rehe hatte, um die Pferde zu lenken. Die Pferde bog zu kurz um die Ecke, so daß der Wagen über die Bordsteine aing. Bütter schlug mit der Peitsche auf die Pferde ein, die nun im Galopp einige Häuserlän- gen weit liefen, dann in Trab verfielen und, ohne anzuhalten zu werden, bis in die Krümmung in der Karstrasse trafen. Auf der rechten Seite der Karstrasse befand sich die stählerne Panzertür mit der Pfährligen Mauer Menage-Deich. Die Kinder standen in der Krümmung dicht am Baum. Die anhaltenden Pferde nahmen die Ecke der Krüm- mung zu kurz und fuhren den Baum um. Die Mauer Menage-Deich wurde von einem Rabe des Ba- gens erfasst und derart am Kopfe verletzt, daß die Schädelkapsel brach. In hoffnungslosem Zustande wurde die Kleine zum Arzt gebracht. Sie starb in Folge des Schädelbruchs in der folgenden Nacht. Die Dorfmunder Strafkammer nahm, bevor sie zur Beratung und Fällung des Urteils schritt, eine Inaugensichtnahme des Unfallsortes vor.

wobei das Fuhrwerk vorgefahren wurde. Auf Grund des Urteils wurde Karl Bütter, der als Gehilfe im Fuhrgeschäft seines Vaters tätig ist, wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. An Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Mo- naten 4 Wochen setzte das Gericht eine Geldstrafe von 15.000 Mark. Dem 24jährigen Angeklagten kam dabei seine bisherige Unbescholtenheit zugute.

Für Kinder

ist die beste Seife

Pfeifenpfeife Buttermilch-Seife



Kappel

Schreibmaschine

Im Inland bewährt - Im Ausland begehrt

Maschinenfabrik Kappel Akt.-Ges. Chemnitz-Kappel

Alleinvertrieb für das westf. Konienrevier
L. Löber, Dortmund,
Johannesstraße 32. Fernsprecher 863

Krätze

entsetzt. Betthautjucken beseitigt in 2 Tagen ob jede Berührung. Millionenfach bewährt. Geb Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein un- Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versu- haben! Offene Fäße, alte unheilbare Wund behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dan- sagungen beweisen

Frau Renkewitz, Homöopath
Herne, Gabelsbergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

Statt besonderer Anzeige.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute morgen 11½ Uhr unsere liebe, einzige Tochter, Schwester, Enkelin, Nichte und Kusine

Hermine

im jugendlichen Alter von 12 Jahren.

Dieses zeigen schmerz erfüllt an mit der Bitte um stille Teilnahme:

Familie Wilhelm Althold.

Castrop, den 12. Juli 1922.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 15. Juli nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Hedwigstraße 33, aus statt. 4015

Gut erhaltene 4018

Waschmaschine

preiswert zu verkaufen.
Näheres in der Geschäfts- stelle dieser Zeitung.

4 Dtz. Silberbesteck, 90 Gramm neu für 7000 Mk.
6 Dtz. Silberbesteck, 90 Gramm neu für 9200 Mk.
zu verkaufen. 3884

A. Grünz, Bochum,
Adnigsallee 82, 3. Etage.

Guter 4018

Junger Schäferhund

(Vastard) in gute Hände ganz billig abzugeben.
Zu erfragen bei Wede- kind, Badlinghorst.

Wachamer

Schäferhund

billig zu verkaufen. 4039

Guter 4018

Anzugstoff

billig zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäfts- stelle d. Ztg.

Eine elegante

Hand- tasche

billig zu verkaufen. 4029

Guter 4018

Schlafzimmer

(Stübe) und

Wohnzimmer

bestehend aus Vertikow, Trumeaufspiegel, Plüschsofa, mit 2 Sesseln, Sofa, Serolierstuhl und Blumen- ständer, ferner ein schwarzer Herd, Kleiderkasten, Glas- schrank, Küchenschleife, Tisch- und Waschmaschine zu ver- kaufen. 4038

Gerhardt Ditters,
Biesenkamp 17.

Sauberes 4031

Mädchen

für halbe oder ganze Tage sofort gesucht.

Frau Ing. Schubert,
Raugel, Bahnhofstr. 9 II.
Sauberes 4017

Morgen- mädchen

gesucht.

Raugel, Bahnhofstraße 71.
Jüngeres properes 4019

Halbtags- mädchen

sofort gesucht.

Raugel, Bahnhofstraße 75.

Mod. der Neuzeit entsprechend

Tanz-Kurse

beginnen am Donnerstag, den 20. Juli, im Lokale Polenz, Castrop. Unterricht jeden Montag, u. Donnerstag. Am Freitag, den 21. Juli, im Lokale Rejmaldmann, Morkünde. Unterrichts- stunden jeden Dienstag, und Freitag auf beiden Stellen von 8 bis 10 Uhr abends. Für gute Ausbildung bürgt meine langjährige Praxis.

Es ladet freundlichst ein

Karl Mohr
Tanz- und Anstandslehrer.

Untericht im Weidnähen

erteilt Erika Müller, 4026
Thomasstr. 3.

Dasselbst auch Anfertigung von Damen- u. Herrenwäsche.

2 anständige Jg. Berg- leute erhalten 4023

Schlaf- stellen frei.

4028 Gahnsstraße 22.

Zwei Hunde entlaufen.

Französischer Schäferhund u. Dobermann. Wiederbringer erhält Belohnung. 4027
Vor Ankauf wird gewarnt.
Bittes, Raugel, Kirmes-Platz Wölkstraße.

Post und Logis

dasselbst Schlafstelle frei.
Zu erfragen in der Ge- st. 4028

Ullstein-Schnittmuster
erschältlich bei

Bauer, Castrop

Samstag, den 15. Juli vorm. von 8-9 Uhr
Verkauf von minderwertigem Kind- auf der Freibank des Schlachthofes.

Die Bedeutung der Luftfahrt im Verkehrswesen.

Von Paul Stadthagen, Charlottenburg.

Die „Begriffsbestimmungen“, die nach Aufhebung des Bauverbots vom 5. Mai 1922 ab für Herstellung, Aus- und Einfuhr von zivilen Luftgeräten in Kraft treten sollen, sind seitens der Entente kürzlich bekanntgegeben. Hierüber wurde in diesem Blatt am 28. April ausführlich berichtet. Diese „Begriffsbestimmungen“, zu deren bedingungsloser Annahme die deutsche Regierung sich durch Note vom 11. Mai 1921 verpflichtet hat, sind dazu angetan, jeden bei uns durchaus möglichen Fortschritt auf dem Gebiet der Luftfahrt zu hemmen, uns vom internationalen Luftverkehr auszuschließen und damit auch unsere Flugzeug- und Luftschiffindustrie zu ruinieren. Die erlassenen Vorschriften und ihr „Garantiekomitee“ sollen mindestens bis 1925 Gültigkeit haben. Fraglich bleibt es allerdings, ob die Entente sich nicht genötigt sehen wird, schon zur Aufrechterhaltung ihres eigenen international-organisierten Luftverkehrs, der auch über das zentral gelegene Deutschland führen muß, noch vor der Zeit erhebliche Änderungen für die geradezu unhaltbaren „Begriffsbestimmungen“ einzuführen. Jedenfalls ist es an der Zeit, sich klarzumachen, worin die Ueberlegenheit der Luftfahrt gegenüber den bisherigen Verkehrsmitteln liegt, um auch im Rahmen der zunächst sich ergebenden Verhältnisse auszuwerten zu können, wie man sich bei zweckmäßigem Einsatz geringer Mittel auf dem Plan behaupten kann.

Das Bedürfnis nach weiterer Verbesserung der Verkehrsleistungen ist vorhanden. Sehr hohe Geschwindigkeit ist Luftschiffen und Flugzeugen eigen. Folglich muß ihnen die Beförderung von Personen und wertvollem Gut zufließen. Bisher ist selbst auf diesem beschränkten Gebiet nicht die erwartete Entfaltung eingetreten. Die Allgemeinheit verschließt sich leider noch dem Gedanken, daß der Luftverkehr dazu berufen ist, das Verkehrswesen zu vervollkommen. Selbst in Ländern, die nicht wie Deutschland in der Ausführung des Flugverkehrs behindert sind, tritt die Ueberlegenheit der Luftfahrt nicht klar genug zutage.

Um erfolgreich mit dem Verkehr zu Lande und zu Wasser konkurrieren zu können, wird neben der Geschwindigkeit der Luftfahrzeuge der Sicherheitsgrad und außerdem eine feste Betriebsart gefordert. Diese beiden Faktoren sind wesentlich zur Einbürgerung und auch für die Wirtschaftlichkeit eines Verkehrsmittels. Bisher ist bis heute zum Schaden der Fliegerei, sei es aus konstruktiven, organisatorischen oder pekuniären Gründen, nicht genügend Wert gelegt worden. Die Luftfahrzeuge gehören bei ihren hohen Betriebskosten und der Gebundenheit an Flughäfen keinesfalls nur in die Klasse der „leichtbeweglichen“ Verkehrsmittel, sondern sie können, entsprechend ihrer großen Leistungsfähigkeit, die oberste Stufe der regelmäßig eingelegten „abhängigen“ Beförderungsmittel einnehmen.

Soll an den Aufbau eines Flugnetzes gegangen werden, um Strecken zu überbrücken, die bisher den Leistungen von Schiffen und Eisenbahnen überlassen waren, so müssen Konstrukteur und Bodenorganisator hand in Hand arbeiten, damit die Benutzung des Luftweges auch den denkbar günstigsten Nutsseffekt abwirft. Eigentliche Güterverkehr soll sich nach wie vor unabweisbar. Für ihn wird bei fortschreitender Entwicklung verschiedener Verkehrsmittel durch die Luftfahrt jeweils die nächst schnellere Beförderungsklasse zur Verfügung stehen. Die von Haus zu Haus genutzten Fahrzeuge werden ebenfalls ihre Bedeutung behalten und auch als Zubringer für den Luftverkehr verwendet werden. Doch die Beförderung von Personen, Post- und Wertgütern gehört ins Bereich des Luftverkehrs. Reisegeschwindigkeit und Bequemlichkeit haben beim neuesten Flugzeug und beim Luftschiff einen annehmbaren Grad der Vollendung erreicht.

Um die erhöhte Wirtschaftlichkeit im Betriebsstoffverbrauch haben sich gerade die Deutschen — durch ihre Notlage besonders veranlaßt — erfolgreich bemüht. Wie schon oben erwähnt, gehört die Sicherheit

als überaus wichtiger Faktor zur Existenzberechtigung eines Verkehrsmittels. Daher geht das Bestreben beim Bau moderner Luftfahrzeuge dahin, sie durch Verwendung mehrerer Motoren — bei mangelnden eines Motors — steuerfähig zu erhalten. Bei Flugzeugkonstruktionen wird außerdem Wert darauf gelegt, daß im ganz oder teilweise motorlosen Flug ein möglichst kleiner Gleitwinkel die Fortsetzung des Fluges bis zum genehmen Landegebiete gewährleistet. Da man trotz des schon erreichten hohen Standes der Motoren- und Flugtechnik Versagen eines Luftfahrzeuges noch nicht mit Garantie ausschalten kann, sind wir vorläufig stets noch in diesen Fällen auf Notabteilungen angewiesen. Das Schiff wie auch die Eisenbahn werden bei Defekten an der Weiterfahrt gehindert, ohne daß dadurch eine besondere Gefahr für den Fahrgast entsteht. Das Luftfahrzeug indessen bedarf bei jedem halbwegs ernsthaften Schaden, vor allem wenn die Kraftquellen versagen, des Flugplatzes. Dieser Umstand deutet unbedingt auf die hohe Wichtigkeit einer weit verbreiteten Bodenorganisation zur Unterstützung des Luftverkehrs hin. Die hierdurch erreichte Sicherheit ist zugleich die beste Propaganda für die Luftfahrt. Führer und Passagiere von Luftfahrzeugen müssen selbst bei stärksten Störungen an der Maschine das Bewußtsein haben, daß es ebenfalls möglich ist, in einem Flughafen zu landen. Die Verantwortung für Menschenleben und wertvolles Gut macht die Kosten einer gut durchgeführten Bodenorganisation vielfach bezahlt.

Beim Ausarbeiten eines Flugverkehrsplanes spielen Anschaffungs- und Unterhaltungskosten der Luftfahrzeuge selbst sowie Gehälter für das erforderliche Personal nicht die Hauptrolle. Schwieriger zu decken sind die mit dem Flugwesen verbundenen Ausgaben für Anlage undhaltung der Flughäfen mit ihrem Land- und Signalfeldern und dem auf der Strecke. Verhängend indessen wirkt es, wenn man sich vergegenwärtigt, daß einerseits der Luftweg selbst ja kostenlos benutzt wird und z. B. Neuanlagen bei der Eisenbahn durch die enormen Preise für Schienen mit Unterbau heute geradezu undenkbar sind und daß andererseits auch das Signalfeld der Eisenbahn, die als hauptsächlichste Konkurrenz in Frage kommt, Riesensummen verschlingt.

Von Kontinent zu Kontinent, wo Wasserfahrzeuge mit ihren relativ geringen Geschwindigkeiten bisher den Verkehr vermitteln, steht ohnehin das Luftfahrzeug allein durch Zeitersparnis für Zwecke schnellster Beförderung konkurrenzlos da.

Als wichtiges Moment bleibt noch die Bereitschaft und diese nicht nur am Tage, sondern auch zur Nachtzeit. Wie sollte auch ein neues Verkehrsmittel sich durchsetzen können, wenn es bei Einbruch der Dunkelheit stillgelegt wird, während alle anderen Verkehrsmittel auch durch die Nacht auf ihren Strecken dahineilen. Erst bei ununterbrochener Luftfahrt — besonders bei langen und Ueberseestrecken — sich erweisen. Flugtechnik sind weder beim Luftschiff noch beim Flugzeug große Probleme zur Eingliederung in den Nachtverkehr zu lösen. Die Vorteile von Nachtflügen für Luftschiffe sind längst bekannt; das Fehlen der Sonneneinstrahlung verschafft außer der bösen freien Luft Erparnisse im Gasverlust des Ballons. Die für das Nachtflugzeug notwendigen Eigenschaften: Stabilität, gutes Gleitvermögen und Motoren, decken sich allenthalben mit denen, die ein Verkehrsflugzeugtyp haben muß. So kann ohne Spezialisierung jedes brauchbare Reiseflugzeug zum Nachtflug ausgerüstet werden.

Das Hauptaugenmerk ist auf die Sicherung des Nachtfluges durch Unterstützung seitens der Bodenorganisation zu legen. Fachzeitschriften berichten: Eine Kette von Luftverkehrsleuchttürmen wird zurzeit auf der Strecke London—Paris angelegt. Diese Leuchtsignale sind für den Luftfahrer bei einigermaßen klarem Wetter auf eine Entfernung von 50—80 Kilometer sichtbar, d. h. der Flieger sieht auf seinem Luftweg ständig ein oder zwei der Signale zu seiner Orientierung.

Um Bombenangriffe zu ermöglichen, hat man sich schon im Krieg auf Feindes- und Feindesseite mit Besetzung von Luftverkehrswegen und Landgebieten befassen müssen. Seitdem ist die technische Entwicklung so weit gediehen, daß wir in der Lage sind, nächtliche Bodenorganisation einwandfrei zu gestalten. Wo anderthalb Tage Bahreife erforderlich sind, kann etwa neunstündiger Nachtflug eintreten, so daß der Geschäftsreisende sowohl den Abfahrts- wie auch den Ankunftszeitpunkt noch voll für sich zur Verfügung hat.

Kriegsgräberfürsorge.

Unter den Aufgaben der Frauenorganisationen steht durchweg die Fürsorgearbeit an erster Stelle, sie bildet eins der Leitmotive der gesamten Frauenbewegung. Fürsorge für einen Stand, für eine Berufsgruppe, für allgemeine Notstände und Notlagen in religiöser, sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung ist nicht nur Sache eigens hierzu eingesetzter Behörden, sie führt auch Gleichgesinnte zu freiwilliger gemeinnütziger Tätigkeit in Organisationen zusammen. So verschieden der Gegenstand unserer Fürsorge ist, der leitende Gedanke ist stets die Erhaltung und Höherentwicklung des Lebens, die Entfaltung des Lebensglaubens.

Wenn in diese Bestrebungen hinein der Ruf nach Fürsorgearbeit für unsere Kriegsgräber ertönt, so mag er manche Ablehnung erfahren. Es bleibt durchaus verständlich, daß die harte Not der Gegenwart alles ausschaltet, was nicht zum Lebensnotwendigen gehört, daß, wenn es sich um die Aufbringung von Geldmitteln handelt, ethische Bestrebungen fast als Luxusgefühle gewertet werden.

Reicht kann das intensive Mitleben und die traurige Erkenntnis, daß alles gute Wollen bei weitem nicht reicht, in dem gewöhnlichen Maße aller Not zu steuern, zu diesem Standpunkt führen. Und doch: es darf nicht leicht Arbeit am lebendigen Menschen heißt nicht nur Befreiung aus materieller Not, nicht nur Befreiung wirtschaftlicher Hemmnisse, sondern auch das Erkennen seelischer Mitleids und die Hochhaltung ethischer Bestrebungen. Dieser gehört die Wahrung des Gedächtnisses an unsere gefallenen Helden. Unsere Gräber zu schmücken ist mehr als eine liebe Gewohnheit, bilden sie uns doch das Symbol der Ruhe nach allen Irregungen des Lebens, die Stätte, da die Gedanken sich vom Alltäglichen ablenken und sammeln zu höherer Erkenntnis. Unsere Heldengräber liegen außerhalb des Wirkungsbereichs des einzelnen. Diese Tatsache ließ den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ entstehen, der von den Gräberinspektoren und Kriegsgräberabteilungen, deren Wirken mit dem Zusammenbruch der Fronten eingestellt wurde, die Arbeit übernahm.

Der Volksbund sucht einen neuen Weg, die Sache der Heldengräber zu einer Volkssache zu machen. Er fordert auf zur Uebernahme von Patenschaften, ähnlich derjenigen, wie sie derzeit für die im Wiederaufbau befindlichen Städte Ostpreußens geleistet wurden. Der Wert der Patenschaft liegt mehr in der Idee als in der praktischen Mitarbeit, mehr in der Interessenbeziehung als im Aufbringen großer Geldsummen. Es soll nicht Sache des Paten sein, den fremden Behörden die von ihnen vertraglich auszuübende Instandhaltung der Friedhöfe abzugeben. Auch ist die Erhaltung der notwendigen Vorarbeiten Angelegenheit des Volksbundes, schon um zu vermeiden, daß mehrere Paten sich um den gleichen Friedhof bemühen.

Der Paten soll sich indessen verantwortlich fühlen für den in seine Obhut genommenen Friedhof, sich in gewissen Zeiträumen durch Berichte oder Abbildungen über seinen Zustand unterrichten und die Anordnungen für die nach seiner Meinung notwendigen Änderungen treffen. Sind hier einmal größere Mittel erforderlich, so wird der Paten in der Öffentlichkeit leicht Verständnis finden für die Notwendigkeit allgemeiner Beteiligung. Ein Hinweis in der Presse, Sammlungen in den Schulen und Häusern werden immer von Erfolg sein. Auch erste öffentliche Veranstaltungen können diesen

Zwecken dienlich gemacht werden, während es unbedingt als geschmacklos und ungehörig zu bezeichnen ist, derartige Spenden durch Vergünstigungen einbringen zu wollen. Ein glücklicher Gedanke wäre, die Gemeindevertretungen dafür zu gewinnen, die Kirchenkollekte am Totenfest für die Ausschmückung der Kriegsgräber zu verwenden. Vieles ließe sich noch an Änderungen geben. Dieser Hinweis wird indessen genügen, das Verständnis zu weichen für den Wert der Kriegsgräberfürsorge nicht nur als Gedächtniswerk für unsere Gefallenen, sondern viel mehr noch als eine Volkssache, die in hohem Maße geeignet ist, die ethischen Momente zu beleben und das Einheitsgefühl stärken zu lassen. Es wäre für die Frauengruppe des DDB, oder für die Ortsgruppen als Ganzes eine schöne und dankenswerte Aufgabe, als Korporation die Patenschaft für einen Friedhof zu übernehmen. Auf diese Weise würde nicht nur dem Zweck gedient und nach außen hin ein gutes Beispiel geboten, auch ein Bindeglied unter den Mitgliedern selbst wäre hierdurch neu gegeben, wie durch alles, was die Interessen in gemeinsamer Sache eint. Die Anschrift des Bundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge lautet Berlin W 10, Matthäikirchstraße 17 II. Er bildet die Zentralfstelle für alle Betätigung in dieser Richtung. Unseren Ortsgruppen wird aus der Hingabe der Allgemeinheit zur Mitarbeit an dem Gedächtniswerk reicher Segen erwachsen. — Der Tod für's Vaterland ist ewiger Verehrung wert!

L. Saring.

Forstwirtschaft und Waldweide.

Eine Uebergangszeit bis Ende August.

Von Sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Wenige Rohstoffe sind Deutschland zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft noch in größeren Mengen verbleiben; einer der wichtigsten ist das Holz. Auch der Holzvorrat ist durch den Verlust Westpreußens, Ostens und Oberschlesiens so vermindert, daß die Anforderungen nur bei sorgsamster Bewirtschaftung der Forsten entsprochen werden kann. Höchstleistungen können nur erzielt werden, wenn Eingriffe ferngehalten werden, welche die Grundlagen der Erzeugung, den Waldboden und die Bodenlagerung nachteilig beeinflussen, den jungen Nachwuchs schädigen oder gar vernichten. Einen solchen Eingriff stellt die Waldweide dar.

Vor dem Kriege war das Weidewesen fast ganz aus den Forsten verschwunden, nur in einzelnen Gebirgsgegenden, z. B. im Harz, gab es auf Grund alter Berechtigungen noch Waldweide in größerem Umfang, und dort wird sie für absehbare Zeit auch erhalten bleiben müssen. In den meisten Fällen hatten die Landwirte selbst ohne Bedenken auf die Waldweide verzichtet. Für das moderne, hochgezüchtete Vieh waren die hart werdenden Gräser des Waldes eine ungenügende Ernährung, der lange An- und Rückmarsch ermüdete die Tiere und brachte Milchverluste, der Dünger verkam im Walde nutzlos. In den Kriegsjahren wurde der Wald zur Weide wieder freigegeben. Gleich nach Kriegsende wiesen erfahrene Forstleute auf die Schädigungen hin, welche die wenigen Weidejahre dem Forstbetriebe gebracht hatten. Es erfolgte aus vielerorts eine Einschränkung. Aber man konnte hiermit nur sehr langsam vorgehen. Bei der Dürre des letzten Sommers, bei der manche Wiesen und Weiden vollständig vertrockneten, mußte der Wald wieder dem hungernden Vieh geöffnet werden. Auch die preußischen Staatsforsten waren im vorigen Sommer und Herbst in ausgedehntem Maße für die Waldweide freigegeben. Jetzt hat der Minister bestimmt, daß wegen der Nachwirkungen der Dürre, des langen Winters und des kalten Frühjahrs in diesem Jahre noch bis zum 31. August die Waldweide zugelassen werden kann, daß von diesem Zeitpunkt ab aber das Vieh wieder aus den Erträgen der eigenen Landwirtschaft ernährt werden müsse. So können die landwirtschaftlichen Betriebe ihre eigene Weide gut eingrünen lassen, den ersten Wiesenschnitt einbringen und brauchen erst dann ihr Vieh aus eigenen Futtermitteln zu unterhalten.

Gänge durch Alt-Berlin.

Zweihundert Jahre Berliner Gespenster- und Gaunerleben.

Im „Deutschen Tageblatt“ lesen wir hierüber:

Unter zehn verführten oder geprüften Betrugsfällen, die heute ihre gerichtsliche Sühne finden, befinden sich stets mindestens ein bis zwei Fälle, die den nicht ausrottenden Werglauben der menschlichen Gemüter zum Anlaß genommen haben und immer wieder als Geisterreich, die Verstorbenen und Zauberkünste der mannigfachen Art lebendig werden lassen. Der Berliner, der sonst eine recht kritische Veranlagung zeigt, scheint von sehr daneben auch einen heimlichen Glauben an das Mystische und zum Geheimnisvollen sein geneigt zu haben. Und wenn in heutiger Zeit der atavistische Zug mit einer ganz neuen Festigkeit id zunehmenden Verbreitung immer größere Erfolge erzielt, so beweist ein Blick in die Geschichte Berlins, daß in allen Zeitepochen, die der heutigen ähnlich — also nach großen kriegerischen Ereignissen und wirtschaftlichen Umwälzungen — immer selben tolleren Erscheinungen eintraten sind. Verschleiert geradezu ein Eldorado für Geisterseher und Borkünstler im Laufe der Geschichte geworden zu

Am Anfang des 18. Jahrhunderts, d. h. in der Zeit, dem Abschluß des Dreißigjährigen Krieges und selb Nachkriegs folgte, tauchen die religiösen Schwärme, die ganz wie die modernen mit der Geisterwelt vertrauten Feste fanden, in Scharen auf. Die „Spürer“ übernahmen die Führung und gaben, er dem Kommando eines Studenten und eines meisters, als ihre Aufgabe an, die sündige Menschheit hart zu bestrafen, wenn sie sich nicht besserte. Wie oft auf diesem Gebiet, mißtrauten sich auch hier religiöse und erdliche Mächte, so z. B. bei dem Korbmar und Witten Joh. Behlen, der ein Buch mit seinen titeln J. S. herausgab, um an den Namen „Geister“ zu erinnern. Er rühmte „die Kunst der gänzlich natürlichen Reue“ und pflegte sich mit „Geist im Luftsaften unter Witten zahlreicher Engel

über die Probleme der Ewigkeit zu unterhalten. Aber schon damals tauchten jene Betrüger auf, die in Zeiten innerlicher Aufregung allzu leicht Glauben finden. Auf dem Wadding konnte man

für zehn Dukaten den Teufel sehen.

Je weiter dieses Jahrhundert fortschritt, um so mehr nahmen diese Erscheinungen überhand, die selbst manche modernen noch in den Schatten stellen. Ganz wie heute, waren es — wenn es sich um ernstlich empfundene, nur nach außen lächerlich wirkende Gefühle handelte — hauptsächlich kleine Leute, Handwerker und Arbeiter, die die Menschheit mit neuen religiösen Verkündigungen beglückten. Ebenso zahlreich waren aber auch die Schwindler. So fand gegen 1702 ein gewisser Rosenfeld zahlreichen Anhang, der gegen die Nahrung des Unterhaltes seinen Schülern das ewige Leben versicherte. Er besaß auch die Schlüssel zum Paradies und brachte ihnen Jungfrauen zur Entreegelung des „Buches des Lebens“. Nach allerlei unnützlichen Beschäftigungen mit diesen Jungfrauen des Lebensbuches wurde er ins Irrenhaus gesteckt, um bald darauf „als ein rechtes Exempel von Liebe und Mitleid“ entlassen zu werden. Später, immer noch an der Forderung auf die Jungfrauen festhaltend, von der eine die wahre „Messianin“ war, während die anderen off immerlich verprügelt wurden, wurde er wegen verführerischer Betrügereien verurteilt. Er er endlich gestorben war, glaubten seine Anhänger nicht an die Nachricht, weil sonst für die ganze Welt keine Erlösung mehr zu hoffen wäre. Dieser „wahre Gott“ oder „Stammvater aller Menschen“ hatte auch nach seinem Tode eine unerlöschliche Gemeinde.

Andere Betrüger dieser Art waren der „Planetenleser“ Erdmann Paul und der „Mond doktor“ Walrabe, deren Epithema schon besagt, auf welche Weise sie ihr Handwerk trieben. Der erste las für vier Groschen aus Karten die Zukunft, nachdem er, ganz wie bei den modernen Planetenlesern — Geburtstag, Geburtsjahr und Geburtsstunde erfahren hatte. Der letztere hatte eine ungeheure Praxis von Kranken jeder Art, die

ihre Wunden ins Mondlicht hatten

mußten unter Aufsicht des Mond doktors, der allerlei

geheimnisvolle Gebete flüsterte. Er selbst nahm kein Geld, dafür aber seine Frau, die die Eintrittskarte verkaufte oder die Schürze offenhielt. So sammelte von Tausenden solcher Leute, die sich nur durch immer närrischere Methoden unterhielten. Einer, der „Ziegenprophet“ ging nur darauf wie Gustav Nagel und belügte mit Strahlen.

Gegen Ende des Jahrhunderts wurde es am tollsten. Selbst aufgekürzte Geister wie Humboldt und Nikolai stellten Untersuchungen über das Vorhandensein von Klopffeldern an. Denn die Geister haben tief mehr als drei Jahrhunderte, seit sie in Berlin spukten, stets geklopft. In Tegel postierte ein solcher Geist, so daß selbst die „Naturforschende Gesellschaft“ zwei Kommissionen entsandte.

Den Höhepunkt erreichten die Geisterbeschwörungen Bischofsweders und Wöllners, den allmächtigen Minister unter Friedrich Wilhelm II. Der erstere besaß auch ein unsehbares Lebenselixier. Ueber die Geisterbeschwörungen sagt ein zeitgenössischer Bericht, daß Friedrich Wilhelm in ein, von moirierten Vorhängen erfülltes Gemach geführt wurde. Im Nebenzimmer saß der Geisterbeschwörer und rief zu einer anfangs leisen, dann immer lauter werdenden Musik die Geister. Plötzlich wurde die hintere Wand des Zimmers hell, sie erstarrte in einem weißlichen Licht und es erschien der Geist Mark Aurels. Er hatte antike Tracht an und bewegte sich. Dann erschien Leibniz und der Große Kurfürst. Der Apparat, mit dem diese Betrügereien verübt wurden, ist uns in einer zeitgenössischen Betrachtung überliefert worden. Er bestand aus zwei metallenen Schallpfeifen, die im Nebenzimmer standen und die das Bild einer historisch aufgetakelten Person, die eine Maske mit den Zügen eines Verstorbenen trug, auf einem mit Lichtstrahlen bespannten Rahmen projizierten. Vor dem Bild lag eine Rauchfäule aufsteigen und ein Baudredner produzierte

den berühmten hohlen Geister.

Am Gendarmenmarkt, Ecke Jäger- und Charlottenstraße, hatte der Tischenspieler Philidor seinen Schachspiel aufgeschlagen. Gegen Entlastung eines Friedrichsdors konnte man den Geist beliebiger gewählter Verstorbenen sehen. In der Sandwitzer Straße

haute ein Kobold, der in Gestalt einer Feuerhugel oder eines Feuertrahls, allabendlich sich produzierte.

Der Gipfelpunkt alles Schauerlichen aber, der selbst heute kaum erreicht werden kann, war die Einweihungszeremonie der „Hofenkreuzer“ — des berühmtesten Ordens. Nach der Schilderung eines Zeitgenossen ging die Zeremonie folgendermaßen vor sich. Der Kandidat wurde in einem, nur von 3 düsteren Lampen erhellen Raum geführt, in dem Trümmern von Skeletten und in der Mitte eine Art Altar von Gerippen sich befanden. Nach Ablauf von acht Stunden kamen schauerliche Gestalten heran, zogen lange Trauerkleider hinter sich her und stützten sich anscheinend in einen Abgrund. Der Unglückliche mußte 24 Stunden lang in vollkommener Finsternis bleiben, kosten und hatte nur drei Becher voll eines grünlichen Getränkes vor sich. Schließlich kamen zwei Gestalten hervor, die die Stirn des Aufzunehmenden mit einem roten Band umwanden — das Band war mit Blut gefärbt — und ihm Amulette um den Hals hingen. Seine Kleider mußte er ablegen: sie wurden auf einen Schellerhau sen gepackt. Dann wurden

auf seinen bloßen Körper zwei blutige Kreuze gemalt, und wenn er aufstand, sah er sich fünf scheußlichen Personen gegenüber, die in blutbesiedelten Gewändern als lebende Jeremias verkleidet. Nach Beifügung von schaurigen Eiden, die ihn zum Eide zum Gehorsam gegenüber dem Vaterlande, dem Gesetzen, der Pietät gegenüber den Eltern und Geschwistern entbanden, wurde der Unglückliche schließlich vor einem Leuchter mit sieben schwarzen Kerzen mit Menschenblut abgewaschen, wozu er schließlich noch trinken mußte.

An Raffinement ist diese Einweihung kaum von einer Geisterbeschwörung der damaligen wie heutigen Zeit übertriften worden. Auch die späteren Jahrzehnte, namentlich die Weimarer- und Romantikerzeit, haben ähnliche Erscheinungen aufzuweisen gehabt, und es bleibt dem heutigen Berliner nur immer wieder die etwas tragische Erkenntnis, daß jeder Unflug und Verfall der heute in diesen Dingen getrieben wird, auf schmerzliche Vorläufer zurückzuführen kann.

Dr. R. Frank.

Im Märkischen Herd

Lustschlösser . . .

Sätze von Elfe Kraft.

(Nachdruck verboten.)

Ein Phantast war er wohl immer gewesen. Nur im Krieg und seine Nachwehen hatten ihn etwas entfernt aus dem Bereich der bunten Träume auf den Boden der Wirklichkeit gesetzt.

Die Nerven hatten gelitten, das Herz hatte gelitten, noch dazu, weil er immer noch nicht als Angestellter eines nicht kleinen technischen Bureaus nach Berlin beordert wurde, und nun bekam er zum erstenmal in seinem dreißigjährigen Leben eine Reise geschenkt, — eine lehrreiche Erholungsreise ins Bad.

Sein Besuch an die Kurbadverwaltung war bewilligt worden, der Vertrauensarzt hatte „Ja und Amen“ dazu gesagt, und er hatte seine zwei einzigen und seinen einzigen Mantel nebst dem nötigen Drum und Dran in sein Handgepäck gepackt und war wie ein Sieger in die Sommerbergschheit der schlesischen Berge hineingefahren.

Früh, Versammlung, Bäder, Kräftliche Behandlung, — alles umsonst! Man konnte einfach über das Deutsche Reich, was es sich noch leisten konnte.

Sans Richter, der Phantast, ging immer mit zum Himmel erhobenen Augen, wenn er sich unbewacht sah. Er dachte über seinen baumwollenen Rock und Mutter Schickelschins hinweg in blaue Fernen, der Wald war sein Schloßpark, die Wiesen sein, und die schimmernden Berge seine Vasallen, die für ihn bereit standen.

Auf der Badepromenade schritt er mit seinem Brunnenglas lässig wie ein Fürst, der nur zum Vergnügen das eiskalte Wasser durch sein Glasröhrchen in die Lippen zog. Und wenn er mit seinem Krötchenhändchen zum Boden ging, machte er jedesmal einen kleinen Umweg durch die rote, leppichbelegte Diele des Kurhauses . . . gerade so, als ob er aus einem der feudalen Gemächer da oben kam, die täglich hundert Mark kosteten.

Den Kollegen und Kolleginnen im „Birkenhof“, der Erholungsstätte der K. B., schloß er sich gar nicht an. Nein, — man konnte nie wissen, was sich daraus für Unregelmäßigkeiten und Unfreiheiten entwickeln, und während der gemeinsamen Mahlzeiten im Speisesaal hatte sein ausgehungertes Magen so viel nachzuholen, daß er auch erst gar nicht zur Unterhaltung kam.

Sans Richter wirkte einmal flüchtig das halbe Hundert seiner Tischgenossen durch, kannte ihn wohl hier und da eine blonde Bluse, ein flimmerndes Mädchenkopf, junge, fehnüchtige Augen, — aber erschrocken lenkte er sofort wieder das dunkle Haupt über seinen Keller und so zum dritten Male auf.

Um Gottes willen nicht sich irgendwo festlegen bei den Mädchen, die von der K. B. verschickt waren. Da mußte er sich hübsch in acht nehmen. Er kannte sein leicht empfindliches, butterweiches Herz, das immer festzuhalten pflegte, was er in Liebe umschloß. Aber er erst gar nicht auf den schwachen Nuschel, über den dann, wenn zugleich das goldene Tor der äußersten Unmöglichkeit mit aufsprang, was heute unter fünfmal Hunderttausend nicht mehr möglich war beim Heiraten.

Sans Richter blieb einsam eine, zwei und beinahe auch die halbe dritte Woche. Er gebrauchte brav die Kur, besaßte jeden Tag des Abends und war sehr zufrieden mit sich und seiner sich von Tag zu Tag steigenden Lebensfreude.

Dann kam ein Sonntagabend, der sehr warm und weich war, und an dem die Kurkapelle ganz besonders herrlich spielte.

Die Dunkelheit, die sich bereits gegen neun Uhr von den Bergen ins Tal herniederstreckte, begrüßte Sans immer besonders froh, weil man dann den Wert seines karierten Feiertagsanzuges nicht mehr tagieren und auch die Mädchen nicht sehen konnte, die an den alten, vermalchenen Oberhemden saßen.

Abwärts vom lauten Schwarm schritt er die am wichtigsten vom Licht der Kurparklampen erhellen Wege, das dritte Glas Sprudel durch die heißen Lippen gleiten lassen.

Und da geschahs — da sah auf einer Bank mutterseelenallein ein weisses Kleid. Irgendwas blühte in rotenosen Schatten auf, ein kostbar geschliffenes Brunnenglas und ein Ring — ja, der große Brillant im Ring einer leuchtend weißen Mädchenhand. Und ein Dufte erobte sich, — ein Dufte —

„Eine Prinzessin“, dachte Sans, „ein Märchen, — ein Essenskind aus dem Rosenlande.“ — Schon die Haltung, die garten Konturen des Körpers, und ja, das Haar mußte aus gepönnenen Goldfäden sein, wenn es trotz der Dunkelheit also leuchten konnte.

In zwei Minuten hatte er den kurzen Kampf in sich erledigt. Er lästete den Hut. — „Dorf ich?“ und setzte sich auf die andere Ecke der Bank, drei Plätze Distanz zwischen sich und dem weissen Kleide.

Sie hauchte ein wunderbares „Mitte“ — und stellte hochheißend ihr Glas neben sich und ihn.

Er seute dazu.

„Unabhängig sind auch zur Kur hier?“

Sie nickte noch höflichsvoller.

„Ja — seit zwei Wochen.“

„Ich seit zwei und einer halben.“ —

Fast unmerklich rutschte Sans den beiden einträchtig nebeneinanderstehenden Gläsern näher.

Die Prinzessin auch.

„Hören Sie?“ fragte sie mit einer klingenden, verträumten Stimme. „Solange Sie das Beer Ognit!“

Er nickte begeistert, hatte nur das Wort „Kind“ verstanden.

„Ja, — ich schwärme auch sehr für die kleine Banke! Meine fünf jüngeren Geschwister habe ich als Gymnasiast immer einsingen müssen!“ —

Da lachte sie.

„Mein Gott, Sie sind hübsch! Da geht ja die ganze Traurigkeit, die in Solange Sie das Beer Ognit!“

Er rutschte so erschrocken wieder ein Stück näher, daß die beiden Gläser ins Klirren kamen.

Sie griffen gleichzeitig zu und fühlten für einen Augenblick die Glut ihrer Hände.

„Beiß!“ — feuerte sie.

Er suchte angestrengt ihr zartes Profil.

„Ja, — es liegt ein Gewitter in der Luft, weil es so früh dunkel wurde.“

„Nun, — ich hab's ja nicht weit bis zum Kurhaus.“ — sagte sie nachlässig.

Er fuhr herum. Sans steht direkt neben seinem Glase, dem sie auch schon ein gutes Stück näher gekommen war.

Also im Kurhaus wohnte sie! Natürlich, wo sollte so etwas Goldenes, Kostbares, Duftendes auch anders wohnen?

Sans, der Phantast, schloß die Augen. Der „Birkenhof“ mit seinen eisernen Bettstellen, den gestülpten Wänden und der Massenpeinigung verankert. Seine Finger spielten mit der Nickeluhrkette, als sei da Gold.

„Ich auch,“ sagte er. „Man hat das alles aus erster Hand, bekommt die Speisen genau nach ärztlicher Vorschrift und Wunsch.“

Sie nickte, streckte aber wie beunruhigt den hellen Arm aus und nahm ihr Brunnenglas.

„Es — es ist beinahe, als ob es regnet, — ich möchte doch lieber.“

Aber er sah nun ganz dicht neben ihr, seitdem das gläserne Hindernis fort war. Hielt sein Glas krampfhaft fest und spürte den wundervollen Duft aus allen Falten des weissen Kleides.

„Französisches Parfüm,“ mußte er denken, — die Flasche dreihundert Mark! O Gott, nur diese eine Stunde vergessen, daß er wie ein Kuli für das liebe blickende Sattwerden und Wohlbehagen arbeiten mußte.

„Nein, — es regnet noch nicht! Hören Sie doch nur die Musik, Gnädigste, — sie beginnt von neuem,

— diesmal kein Wiegenlied, sondern etwas aus der Scheltungerei.“

Und da sangen sie alle beide plötzlich mit. Wie elektrisiert von dem süßen Gesang —

„Barum denn weinen, wenn man auseinandergeht und an der nächsten Ecke schon der andre steht?“

„Also das kannte die Prinzessin auch.“ —

„Ich glaube, ich habe Gnädigste schon einmal im Moorbad gesehen,“ begann er, noch atemlos vom Singen.

„— tragen Sie nicht ein Nachtblaus Morgenkleid aus Seide und eine Spitzenhaube im Haar?“

Sie nickte ebenfalls atemlos.

„Möglich!“ — Das ist so bequem, gleich vom Zimmer aus mit dem Lift ins Bad zu kommen.“ —

Angestrengt schien sie seine hünenhafte Gestalt zu mustern.

„Tragen Sie wohl einen Pajama, — indische Rohseide, — mit dunkelvioioletten Aufschlägen?“

„Jawohl,“ antwortete er nachlässig. „Man hat das Zeug ja damals massenhaft von seinen Reisen mitgebracht.“

Nun rückte sie noch näher, küßte ihn ganz und gar in Duft und Wärme.

Ein Gluck, daß er gerade das Buch „Meine Reise unter der Tropenzone“ gelesen hatte und erzählen konnte —

Er wußte schließlich selber nicht mehr, wer er war.

— Sans der Phantast. Er beauftragte sich an seinen eigenen Worten von Minute zu Minute mehr.

Nur als die Musik den Schlusmarsch spielte, fiel ihm erschreckend auf die Seele, daß um zehn Uhr das Tor des Birkenhofes geschlossen wurde und die Verschickten der K. B. streng auf Hausordnung zu halten hatten.

Aber er würde klettern, — das Weinspalter hoch, bis in sein Kammerfenster, und wenn er sich Hals und Beine brach, um diese dunkle Märchenstunde bis zur Neige auszuklopfen.

Sie hatte sich jetzt ganz nah an ihn angeschmiegt. Wie ein süßes Leben durchdrang es beide junge Menschen —

Da schloß die Musik mit einem schmetternden Tarabumm, das weisse Kleid erschütterte sich, — sprang hoch, und eine stürzende Stimme sagte „Gute Nacht,“ ehe er zugreifen und festhalten konnte —

Er sah wie gelähmt vor Überraschung. Starre der hellen Gestalt nach, die durch die Büsche vor dem erleuchteten Kurhaus verschwunden war, und rief sich dann die Augen.

Ein Sonntagspuk, — ein Traum, — eine Stunde Märchen und Wunder! —

Und langsam, sehr langsam schlich Sans, der Phantast, durch das Bademädchen ins Massenquartier der K. B., noch grade vor Toreschluß die Pinoleumtreppe zu seinem gestülpten Zimmerlein herauf.

Am nächsten Morgen regnete es. Alles war grau in grau. Auch in Sans Richters Herzen.

An den langen Tafeln im Speisesaal, der zwischen 7-8 Uhr zum Frühstück bereit stand, war er heute der letzte Gast.

Trübselig blickte er auf die geleerten Tassen, goß sich noch trübselig den heißen lauwarmen Malzkaffee aus einer der großen, verbleuten Kannen und würgte sein Marmeladebrot herunter.

Irgendwo — kaum zehn Minuten entfernt von ihm, servierte jetzt ein schwarzgekleidetes Zimmermädchen einer Märchenprinzessin im himmelblauen Seidengemach die Morgenkafelade, — und eine süße, müde Stimme fragte vielleicht nach der Zimmernummer und dem Namen eines großen dreißigjährigen Herrn im Kurhaus, der sehr weit gereist sei und zum Baden einen Pajama aus indischer Rohseide mit dunkelvioioletten Aufschlägen trug.

Sans Richter stellte die halb geleerte, dicke Tasse klirrend nieder und lief aus dem heißen Raum ins

Freie. Nach zweistündigem Umherirren im nasch Walde holte er sich sein Frotteihandtuch und durch einen Nebeneingang ins Kurhausbad. Links, noch rechts blickte er auf den langen Korridor — und in der Kohlenkammer, in der er nach ärztlicher Vorschrift 20 Minuten still liegen mußte, zappelte umher, als umhülle ihn das leibhafte Regener —

Zur Mittagsstafel im Birkenhof hatte er zum erstenmale keinen Appetit.

Seine Nachbarin, eine kleine, geschwähige Ste tylistin, erkundigte sich daher sehr besorgt nach sein Befinden.

Aber er antwortete nur sehr einfüßig, war wie läßt, als die Hausdame die Tafel aufhob und alles in der Türe streifte.

In dem Gedränge kam Sans etwas ab, taum gegen die Kredenz und blickte sich mühsam um, wo das Hindernis gekommen war. Er blickte in ein goldbraunes, tief erschrockene Mädchenaugen, auf ein klammerndes Kopf und, — o Gott, — gab denn etwas zweimal auf der Welt, — auf eine weiße, abweichend erhobene Hand, an der ein Ring einem Riesensmil aufblühte, der gestern ein Brill gewesen —

Und die Stimme, die soeben mitten im Plaud durchgebrochen war, — als Sans fluchend die Holzkante stieß — o, diese Stimme —

Aber es war nur ein Augenblick. Dann war Spuk schon wieder verschwunden, und zwar ganz mal durch die Tür, wie alle anderen leibhaften G der K. B.

Sans blieb stehen, rief sich die schmerzende Hi und neben ihm lachte einer.

„Nensch, — hats Sie endlich auch gepackt? Da ist nicht zu wollen! Die süße Blonde steht im wahrsten Sinne des Wortes, wenn einer näher se ran will.“

„Verdunstet, — ja, — der ganze Raum so plötzlich von ihrem Duft erfüllt.“

„Wer, — wer ist, — wie heißt sie?“ fragte S ohne daß er es fragen wollte.

„Ich glaube, Lieschen heißt sie, — Lies Schmidt! Irgendwo aus der Parfümbranche Berlin.“ —

„beeilte sich der andere, noch immer lachend erklären.“

Sans mußte genug. O Gott, — so eine Sch belle! So, — so eine —

Er lief mit hochrotem Kopf seine Treppen em wurde schließlich noch röter und dachte, aber du, — hast du nicht selbst ebenso elend geschwindelt, noch elender als sie, mit der wahnsinnigen Prahlererei Tropenreise?

Aber, — aber er hatte doch eble Motive, tr sich nur einmal ganz hinein in jene Welt der oberen Zehntausend, hatte wirklich geglaubt, er sei Fürst oder ein freier Mensch.

„Lieschen Schmidt, — aus der Parfümbranche.“ — Das — tat — weh —

Aber die hilflosen, erschrockenen Augen, das reizende Gesichtchen, — die ganze herbe, wehr Art!!! War sie vielleicht auch so eine weisse träumende Seele, die immer hinausflattert in den aus der Stille des grauen Alltags, um einmal im Rechte zu fliegen, wie ein sonnenberauschter, bi Falter?

Ja, sie war wohl so eine Seele! Schwindeln hat sie auch nicht wollen, wie sie es ter eingefallen, als der Phantast, Sans Richter, mehr los von ihr kommen konnte. Nur für eine Stunde hatte sie das alte Kleid der Gewohnheit streift, als Musik, Sommergut und dunkles Se sie umspinnen —

Und wenn sie beide zusammenlegten, was an Kraft und Lebensfreude in ihre Herzen durch die schenkten sechs Wochen der schlesischen Berge dann reicht es vielleicht aus für ein ganzes, gutes gemeinsam durchwandertes Leben —

Platanenallee Nr. 14.

Roman von Dr. P. Meßner.

Amerikanisches Copyright 1918 by Robert Ruz.

14 Stuttgart.

Nachdruck verboten.

Sie fuhr ein wenig zusammen, als er sie beim Namen nannte. Es berührte sie angenehm, und doch, wie lange kannte sie ihn denn! Sie stand auf und reichte ihm die Hand.

„Leben Sie wohl, Herr Doktor — auf Wiedersehen!“

Er drückte ehrerbietig einen Kuß auf die dargelegte Hand und verbeugte sich förmlich.

„Ich danke Ihnen für Ihren Besuch. Empfehlen Sie mich unbekannterweise Ihrer Frau Mutter und grüßen Sie Fräulein Lilly. Was macht übrigens unser Schilling?“

„Sie schläft, Gott sei Dank! Auf Wiedersehen!“

Er brachte sie bis zur Korrdortür.

Sie war doch ein famoscs Mädchen, so recht nach seinem Sinn. War doch ganz schneidig von ihr, in die Wohnung Ralls zu fahren! Wenn sie auch vorläufig noch etwas unmögliche Vorstellungen hatte, das schied nichts. Sie war jedenfalls ein Mensch, auf den man sich verlassen konnte.

Als Helmsiedt beim Essen saß, rief Reglerungsrat Popper an.

„Guten Abend, lieber Popper — so, ist schon verheiratet — was Sie sagen — ein Fluchtversuch — nicht möglich — das hätte ich nicht gedacht — da muß ich Ihnen recht geben, das ist allerdings sehr verdächtig — nein, überzeugt bin ich noch nicht — wir müssen sehen — ja, was hier, ist ein tüchtiger Beamter — na, morgen sehen wir uns ja beim Lokaltermin — apropos, ich habe noch etwas zu den Aktien zu geben — ich oder vielmehr einer meiner Mitarbeiter fand es in Coopers Wohnung — von Besana — wie man es nehmen will, Ihnen wird es schon

willkommen sein — Sie werden ja morgen sehen — vielen Dank — Schluß.“

Das war allerdings sehr böse. Die Verhaftung war um sieben einhalb Uhr erfolgt, als Cooper in seine Wohnung zurückkehrte. Er hatte sich wie ein Wahnsinniger gebärdet, um sich geschlagen, dem einen Beamten einen so heftigen Stoß vor den Magen versetzt, daß er ohnmächtig wurde. Cooper war dann aus der Wohnung gestürzt und erst auf der Straße hatte man ihn mit Hilfe eines Schutzmannspostens dingfest machen können.

Das klang ja beinahe wie ein Eingeständnis seiner Schuld. Unbegreiflich! So dumm ist doch kein Mensch, sich zur Wehr zu setzen, wenn er unschuldig ist! Arme Lilly, das sah böse aus!

Sollte er, Helmsiedt, nicht doch mit zu viel Vorsetzungenommenheit an den Fall herangegangen sein? Gatten ihn die Witten und der Schmerz der einst Geliebten, hatte ihn das Vertrauen Jermas nicht beeinflusst? Die Mitteilung über die Verhaftung warf alles über den Haufen, was sich mühsam in seinem Kopf aufzubauen begann.

Und doch! Dieser hatte ihn sein kriminalistischer Instinkt noch nie betrogen, er hatte schließlich immer recht behalten. Dieser Instinkt sagt ihm, Rall ist nicht der Mörder. Warum hatte sich der Mexikaner denn so dumm, so albern benommen, wenn er unschuldig war?

Diese Zweifel kehrten immer wieder und quälten Helmsiedt. Ruhelos ging er im Zimmer auf und ab. Was würde Irma dazu sagen? Jetzt erschien auch ihm der Brief auf dem Tischblatt in anderem Licht —

Wie lautete der Brief weiter?

Er blieb vor dem Schreibtisch stehen und nahm das Blatt Papier zur Hand, auf dem ihm Irma den Namen der Stadt in Mexiko aufgeschrieben hatte, in der offenbar Ralls Schwester lebte. Guadalupe. Er griff nach einem Atlas. Ja, das stimmte, eine große Stadt in Mexiko. Er sah im Postbuch nach. Es gab

telegraphische Verbindung dorthin. Er wollte an Ralls Schwester haben.

D. Miß Maud Cooper

Guadalajara

Mexiko.

Ihr Bruder Rall verdächtig des Mordes an seinem Onkel Ribbentrop heute verhaftet. Wenn möglich sofort nach hier abreisen und alle Briefe Ralls aus den letzten Wochen mitbringen. Rall Antwort.

Dr. Helmsiedt

Berlin W. Melneckestraße.

„Neununddreißig Worte. Was kostet denn das Wort nach Mexiko?“

Er schlug im Postbuch nach.

„Drei Mark und zwanzig Pfennig.“

Auf sein Klingeln erschien Frau Watz.

„Liebe Frau Watz, Sie müssen mir dieses dringende Telegramm sofort nach dem Potsdamer Bahnhof bringen. Sie wissen doch, unten rechts neben der Freitreppe ist das Nacht-Telegraphenamt. Nehmen Sie genug Geld mit, es kostet etwa dreihundertfünfundsiebzig Mark. Bitte, eilen Sie sich.“

Die Haushälterin nahm das Formular und ging. Sie kannte solche Aufträge zur Genüge und hatte sich lange das Wundern abgewöhnt.

Fünftes Kapitel.

Das Wetter war umgeschlagen. Dem strahlenden Sonnenschein war ein düsterer, mit schweren Wolken behangener Himmel gefolgt. Es regnete schon seit Mitternacht ununterbrochen, eintönig, der richtige Landregen. Dabei war es warm, beinahe schwül, man kam sich vor wie in der Dampfkammer eines russisch-römischen Bades.

Als Helmsiedt pünktlich um 9 Uhr die Villa Ribbentrop betrat, fand er den Untersuchungsrichter Volmer mit seinen Beamten, die Zeugen, den Reglerungsrat Popper und den Gerichtsarzt Gehlmarat Stroemer

bereits auf der großen Diele versammelt. Er begrüßte die ihm bekannten Herren.

Man hatte einen großen Tisch an die ein: Seitlichen Raumes gestellt, dahinter hatten der Untersuchungsrichter Popper, Stroemer und der Protokollführer Platz genommen. Für die Zeugen waren Stühle aufgestellt. Es war still in dem hohen Raum.

Hörte nur das eintönige Fallen der Regentropfen das Überlär. Da wegen des trüben Wetters die ziemlich dunkel war, hatte man die an den Wänden angebrachten Armleuchter eingeschaltet.

Der Untersuchungsrichter erhob sich.

„Ich habe heute diesen Lokaltermin angeordnet, die eigentlichen Umstände dieses Verbrechens das wünschenswert erscheinen lassen. Ich bin mir darüber, daß dieses Verfahren ungewöhnlich ist von den sonstigen Gepflogenheiten des Gerichts weicht.“

Ich freue mich, unter den Erschienenen auch Herr Doktor Helmsiedt, zu sehen. Sie wissen, wie ich Ihre Mitarbeit immer geschätzt habe und Ihnen ausdrücklich sagen, daß ich gern bereit bin dem Ihrer Wünsche bei der Zeugenvernehmung Lokalinspektion nach Möglichkeit Rechnung zu zu

Helmsiedt verbeugte sich verbindlich.

„Ich möchte zunächst mit der Zeugenvernehmung beginnen. Herr Protokollführer, wollen Sie bitte Namen der Geladenen verlesen!“

„Sanitätsrat Dr. Kirchhoff?“

„Gier!“

„Jakob Gadubeit?“

„Gier!“

„Robert Lachner?“

Da keine Beantwortung des Aufrufs erfolgte, Kirchhoff vor und teilte mit, daß der alte gebore Herr auf seine Veranlassung in das Westend-So mit gebracht worden sei und dort zu Bettel lie

„Lilly Kerfack!“

(Fortsetzung)

mit angefordert:

Soziale Rundschau

Wöchentlich erscheinende Mitteilungen für soziale und wirtschaftliche Fragen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Einkommensteuergesetz.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seine Vorschläge zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in der Eingabe an den Reichstag wie folgt zusammengefasst:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erlaubt sich, dem Reichstag die Bitte vorzutragen, nachstehende Änderungen des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 beizubehalten und die Regierung zur Zustimmung aufzufordern zu wollen.

1. Der § 21 erhält folgende Fassung:

Die Einkommensteuer beträgt	
für die angelegenen oder vollen 100 000 M 10 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 20 000 M 15 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 30 000 M 20 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 40 000 M 25 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 50 000 M 30 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 100 000 M 35 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 150 000 M 40 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 200 000 M 45 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 250 000 M 50 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
für die weiter, angelegenen od. voll. 500 000 M 55 v. H.	
des steuerbaren Einkommens	
und für die weiteren Beträge	60 v. H.

2. Der § 26, Abs. 1, erhält folgende Fassung:

Die nach §§ 21 bis 25 berechnete Einkommensteuer beträgt:

- a) um je 300 Mark für den Steuerpflichtigen und für seine nicht selbstständig zu veranlagende Ehefrau wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 100 000 Mark beträgt;
- b) um je 900 Mark für das erste und zweite zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind;
- c) um je 1200 Mark für jedes weitere zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, das nicht selbstständig zur Einkommensteuer zu veranlagend ist, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 300 000 Mark beträgt.

3. Im § 26, Abs. 3, ist an Stelle von „50 000“ zu setzen: „200 000“.

4. Im § 48, Abs. 1, 2 und 3 wird:

- a) die Zahl „50 000“ durch „100 000“ ersetzt,
- b) in Abs. 1 und 2 die Zahl „600“ durch die Zahl „1200“.

5. Im § 49 wird in Abs. 1 und 2 die Zahl „50 000“ durch die Zahl „100 000“ ersetzt.

Begründung

Zu 1. Die fortschreitende Geldentwertung seit der letzten Änderung des Einkommensteuergesetzes hat den bisherigen Steuerfuß überholt. Es ist mit dem Kaufkraftverlust unter anderem nicht mehr vereinbar, daß bereits Einkommen über 50 000 Mark mehr als 10 v. H. Einkommensteuer zahlen müssen. Es erscheint erforderlich, die Grenze des Einkommens, dessen Steuerpflicht durch einen

zehnpromzentigen Lohnabzug

als erfüllt zu gelten (§ 48) auf 100 000 Mark festzusetzen. Unter Vorschlag zu Ziffer 1 geht von dieser Ermäßigung aus und schlägt weiter auch vor, die Entwertung der Einkommen über 100 000 Mark entsprechend zu berücksichtigen.

Zu 2. Der Vorschlag unter a) wird besonderer Begründung nicht bedürfen: er bringt lediglich die erforderliche Anpassung an den gesunkenen Geldwert.

Zu b) gestatten wir uns, zu betonen, daß wir eine wirklich spürbare Entlastung der Steuerzahler, die dem Staate Kinder erziehen,

als eine der vornehmsten Voraussetzungen für jede ernsthafte Bevölkerungspolitik betrachten. Wir sind der Überzeugung, daß auch mit den Mitteln der Steuerpolitik diesen Familien die Erleichterungen gegeben werden müssen, deren Fehlen bisher schon unheilvolle Folgen gezeitigt hat. Die Kosten der Kindererziehung und angemessener Erziehung sind derart gestiegen, daß mit den bisherigen Steuerentlastungen längst nicht mehr auskommen werden kann. Unter Vorschlag ist das Mindestmaß des Notwendigen.

Zu 3. 4 und 5 bedarf es wohl keiner besonderen Begründung. Diese Vorschläge sind, vom Gesichtspunkt der Anpassung an die Geldentwertung aus gesehen, in der Hauptsache redaktioneller Art.

Wir haben davon Abstand genommen, eine allgemeine Heraushebung des jetzigen

Einheitsfußes für Werbungskosten

zu beantragen. Dagegen bitten wir, das Reichsfinanzministerium zu ersuchen, das Verfahren zur Feststellung höherer Werbungskosten, nicht zuletzt auch im Interesse der sonstigen Arbeiter der Steuerbehörden, weitestgehend zu erleichtern und zu vereinfachen. Hierfür erscheint uns als besonders geeignetes Verfahren die Möglichkeit, daß die Landesfinanzämter für solche Gruppen von Arbeitnehmern, die nach der Art und aus den Umständen ihrer Beschäftigung nachweislich regelmäßig wesentlich höhere Werbungskosten haben, einen einheitlich höheren Werbungskostenfuß genehmigen und dadurch die Einzelnachweisung und deren zeitraubende Prüfung entbehrlich machen.

Die vorstehend gemachten Anträge haben zur Voraussetzung, daß durch eine weitere Verringerung des Einkommensteuergesetzes erreicht wird, daß für die Gesamtheit der Steuerzahler, gleichgültig ob die Steuerpflicht durch Abzug vom Lohn oder Gehalt oder durch Entziehung auf Grund der Veranlagung erfüllt wird, mit dem Tage des Inkrafttretens des Abänderungsgesetzes der neue Steuerfuß in Geltung tritt, bis zu diesem Tage jedoch die Steuerart für die in der gegenwärtigen Fassung des Gesetzes Wirkung haben. Wenn beispielsweise die von uns vorgeschlagenen Änderungen am 1. Juli dieses Jahres Gesetzeskraft erhalten, dann soll, das ist der Sinn unseres Antrages, die Veranlagung nach § 20 so erfolgen, daß für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni die jetzigen Steuerfüße, vom 1. Juli ab die abgeänderten Fußten der Steuerberechnung zugrunde liegen. Findet sich keine bessere Lösung für die technische Durchführung dieses Vorschlages, dann würde es uns möglich erscheinen, so zu verfahren, daß die Hälfte des veranlagten Einkommens, entsprechend dem Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni, mit dem alten Steuerfuß, die zweite Hälfte mit dem dem abgeänderten Tarif veranlagt werden. Ungerechtigkeiten, die sich im Einzelfall aus dieser wohlwollend schematisierten Regelung ergeben können, müßten vom Gesichtspunkt der Vereinfachung des Verfahrens so ertragen werden.

Mit diesem Antrage, dessen Annahme Voraussetzung für die sonstigen Vorschläge dieser Eingabe ist, wollen wir die steuerliche Ungerechtigkeit vermeiden, die sich ergeben würde, wenn die Lohn- und Gehaltsabzüge für die Arbeitnehmer aller Art für die Hälfte

des Jahres nach den schärfer wirkenden Sätzen des gegenwärtig geltenden Gesetzes, für alle Selbstveranlagten aber für das ganze Steuerjahr 1922 nach den geringeren Sätzen des abgeänderten Einkommensteuergesetzes berechnet werden. Das erscheint uns als eine Bevorzugung der Selbstveranlagten, die für uns untragbar ist und deren Beseitigung deshalb mit allen Mitteln erstrebt werden muß.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet eine Regelung des Einkommensteuergesetzes, die gleichzeitig auch Mittel und Wege zur Vermeidung der Ungerechtigkeit bringt, die sich aus der verschiedenen steuerlichen Behandlung der Lohnempfänger und der Selbstveranlagten ergibt. Wir bitten den Reichstag, diesem Gesichtspunkt seine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

In Hochachtung
Deutscher Gewerkschaftsbund.

Es muß begrüßt und anerkannt werden, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund so rechtzeitig auf die Revision des „Einkommensteuergesetzes“ hinweist. Die seit Dezember vor. Js. (dem Zeitpunkt der Festschließung des gegenwärtigen Einkommensteuertarifs) eingetretene Geldentwertung ist in der Tat so außerordentlich stark, daß insbesondere die Einkommensgrenze bis 50 000 Mark, die für den zehnpromzentigen Steuerabzug gilt, erhöht werden muß.

Mehr aber noch, wo die Heraushebung dieser für den zehnpromzentigen Abzug geltenden Einkommensgrenze, ist das Gesetz reformbedürftig bezüglich der Abzüge für Kinder, die der § 26 des E. St. G. regelt. Wir hoffen, daß der Reichstag den obigen Vorschlägen des D. G. B. beitrifft. Notwendig erscheint uns aber, daß aus dem Lande heraus diese Forderung besonders unterstärkt wird. So sehr wir im Interesse des Vaterlandes den bisherigen Steuerfuß und auch dem letzten großen Steuerkompromiß vom Mai ds. Js. zugestimmt haben, muß aber doch gesagt werden, daß auch die Abgeordneten der Zentrumspartei dabei nicht genügend die Not der kinderreichen Familien beachtet haben. Noch zu keinem Zeitpunkt haben wir im Deutschen Reich eine so starke indirekte Steuerbelastung gehabt wie heute. Die durch das Steuerkompromiß vom April ds. Js. beschlossenen wesentlich erhöhten indirekten Steuern (Zuckersteuer, Leuchtmittelsteuer, Biersteuer, Mineralwassersteuer, Tabaksteuer usw.), die starke Erhöhung der Zölle auf alle Lebensmittel, die auf alle Verbrauchsgüter mehrmals entfallende erhöhte Umsatzsteuer stellen heute für größere Familien eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lage dar. Diese Tatsache wird u. E. noch nicht allseitig genügend beachtet, da die Auswirkung der letzten indirekten Steuererhöhungen auf größere Familien erst jetzt in so ungeheurer Weise bemerkbar macht. Heute zahlt der Familienvater, besonders wenn er der einzige Ernährer einer 5-, 6-, 7- und mehrköpfigen Familie ist, dem Reich wesentlich höhere Steuern als der unverheiratete und der kinderlose, verheiratete Bürger. Die Not aller Verheirateten mit mehreren Kindern ist zur Zeit ungeheuer und steigert sich bei jeder weiteren Verschlechterung der Mark um ein Vielfaches. Die bisherigen Abzüge für Kinder bei der Einkommensteuer in Höhe von 300 Mark sind demgegenüber lächerlich gering und müssen außerordentlich erhöht werden. Vielmehr wie die Reform des eigentlichen Steuerfußes ist deshalb die Reform der Abzüge für Familienmitglieder nötig.

Sollten alle noch in Frage kommenden Organisations- in nächster Zeit der obigen Forderung noch starken Nachdruck. Von der Zentrumspartei muß ihrer ganzen Einstellung entsprechend verlangt werden, daß sie bei der Beratung über die Revision des Einkommensteuergesetzes die wesentliche Erhöhung der Steuerabzüge für Kinder zum Angelpunkt ihrer Entscheidung macht.

Die Not der jungen Lehrer.

Die Kriegs- und Hungerjahre mit all ihren Krankheiten und Leiden haben dem deutschen Volke einige recht schwache Bevölkerungsjahrgänge gebracht. Und nicht genug damit, daß die Zahl der Geburten nachteilig gleichzeitig liegt auch die Kindersterblichkeit.

Durch den starken Rückgang der Einschulungsziffern werden allein in Preußen in den Jahren 1921—1923 etwa 24 400 Lehrstellen, die jetzt mit festangestellten Lehrern und Lehrerinnen besetzt sind, überflüssig. Die freierwerbenden Kräfte müssen mit Vertretungen und ähnlichen Dienst beschäftigt werden, bis die frühere Kinderzahl wieder erreicht ist. Dabei hat der Preußen außerdem etwa 26 000 Schulaufsichtsbereiter und Bewerberinnen, und die Zahl der durch Tod oder Pensionierung freierwerbenden Stellen ist bei weitem nicht im Stande, dieses Mißverhältnis auszugleichen.

Die nach Schluß des Lehrganges von den Lehrerbildungsanstalten alljährlich Entlassenen vergrößern die Zahl der Stellenlosen weiter und weiter, Tausende von Junglehrern liegen erwerbslos auf der Straße. Es sind 25- bis 27-jährige Jünglinge, die den Krieg mitgemacht haben und denen der „Dank des Vaterlandes“ zugesichert ist. Wie mancher junge Lehrer, manche Lehrkräfte sollte die Stütze werden für betagte Eltern, für wirtschaftlich geschwächte Familien; nun sind sie selbst erwerbs- und arbeitslos!

Die Zahl der Notleidenden wird immer größer, die Folgen des Wirtschaftskrieges wirken sehr lange nach. Dabei sind die letzten, schwächsten „Kriegsjahrgänge“ noch gar nicht bis zur Einschulung herangewachsen.

On parle français.

In den Städten mit starkem Fremdenverkehr, Berlin an der Spitze, erblickt man in den Schaufenstern der Kaufhäuser Schilder, auf denen in Kapitalbuchstaben das „On parle français“, „Englisch spoken“ und noch es an Fremdsprachen sonst noch gibt, angeklebt wird. Mitunter sind es nicht weniger als sechs bis acht Nationalitäten, die zum Auf- und Auskaufen herangelockt werden, und zum Ueberflus sind mitunter, um die Entladung recht höflich zu gestalten, die Sprachenbezeichnung auch noch die Landesfarben hinzugefügt. Ob solche deutschen Kaufleute nie einmal das Wiberwärtige ihrer Handlungsweise zum Bewußtsein kommen? Die Schilder reden eine deutliche Sprache: „Hier her kommt, hier wird gehandelt vor euch, die ihr nie müde werdet, Deutschland und die deutsche Kultur den Schmutz zu gießen und das deutsche Volk für Kind und Kindeskind zu versklaven.“ — Aber Geht Geschäft, und nur ganz selten hat man gehört, jener Ladeninhaber Nachahmer gefunden hätte, ein Schild aushängend: „Hier wird nicht an Ausland verkauft.“

Durch die Kaufkraft der Ausländer werden den Deutschen die Warenpreise immer höher getrieben, wenn schließlich überhaupt noch für ihn etwas zu kaufen übrig bleibt. Was gedenkt die Regierung gegen diese jeder guten Sitte höhnischen Schilder u. gegen den Volksverrat solcher kaufmännischen Kreise zu unternehmen? Der Deutsche aber, soweit er einkaufen will und kann, sollte derartige Geschäfte meiden.

Das Weltwirtschaftsprogramm der christlichen Gewerkschaften.

Angenommen auf dem 2. Kongreß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, Innsbruck 1922.)

(Schluß.)

B. Aktionsprogramm.

Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften stellt folgende Forderungen auf, welche teils durch den Staat, teils durch die Arbeitgeber zu verwirklichen sind.

Solange die wirtschaftliche Selbstverwaltung der Völker nicht erreicht ist, welche eine genügende Interessenwahrung aller Beteiligten sichert, hat die Staatsgewalt, welche berufen ist, das Gemeinwohl zu fördern und die Schwachen zu schützen, Maßnahmen zur Festlegung der normalen Arbeitsbedingungen und zur Förderung der gesunden wirtschaftlichen Entwicklung zu ergreifen.

Die Staatsgewalt hat nicht nur die volle und freie Ausübung des Koalitions- und Vereinigungsrechts zu sichern, sondern soll auch die Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als die beruflichen Vertreter dieser Wirtschaftsgruppen anerkennen und ihrer moralischen, sozialen und numerischen Bedeutung entsprechend bei der Vorbereitung und Ausführung der Gesetzgebung heranziehen.

Die Staatsgewalt hat die Rechte der Minderheiten in den sozialwirtschaftlichen Organisationen angemessen zu wahren und dem Arbeiter die freie Ausübung seiner Rechte als Mensch und als Arbeiter zu sichern. Die Arbeitsdauer darf die Grenze der menschlichen Kräfte nicht überschreiten und muß den Bedürfnissen des Arbeiters in religiöser, familiärer und politischer Hinsicht angemessen sein.

Der Arbeitstag soll jetzt auf der Grundlage des Achtstundentages festgesetzt werden.

Für ungesunde und schwere Arbeit (Bergbau, Hütten usw.) soll eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit angestrebt werden.

Sonntags- und Nachtarbeit ist auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Den Arbeitern und Angestellten soll möglichst der freie Sonntagnachmittag gesichert werden.

Das Zulassungsalter der Kinder für den Lohndienst ist auf mindestens 14 Jahre zu stellen.

Für die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie für die Lehrlinge sind besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Für Kinder unter 18 Jahren sowie für Frauen ist die Nachtarbeit zu verbieten.

Die Beschäftigung der verheirateten Frauen (Mütter) im Lohndienst ist sukzessive zu beseitigen.

Eine gesetzliche Regelung der Mutterschaftsfrage ist vorzunehmen.

Jede ungerechtfertigte Ausbeutung der in der Heimindustrie beschäftigten Arbeitskräfte ist durch besondere Maßnahmen zu verhindern.

Die Arbeiter und Angestellten müssen gegen Krankheit, Invalidität, Alter, Unfall und Arbeitslosigkeit versichert sein. Die Unternehmungen können sich nicht der Prämienzahlung entziehen.

Die Gesetzgebung zum Schutze der Sittlichkeit, Gesundheit und Sicherheit des Arbeiters soll ausgedehnt werden. Besondere Aufmerksamkeit ist den Berufskrankheiten und der Bekämpfung der Tuberkulose sowie der Förderung der allgemeinen Hygiene und der Krankenfürsorge zu widmen.

Im Interesse der Gesundheit und der Sittlichkeit ist die Volkswohnungsfrage möglichst zu fördern. Durch eine zweckmäßig geleitete und wissenschaftlich begründete Berufswahl sollen jedem Berufe die geeigneten Arbeitskräfte zugeführt werden.

Die Durchführung der sozialen Gesetzgebung ist durch kompetente Gewerbeinspektionen in Verbindung mit den beruflichen Organisationen zu kontrollieren und zu sichern.

Die Festsetzung der Löhne, welche möglichst durch Tarif- und Gesamtarbeitsverträge erfolgen soll, hat nach folgenden Grundsätzen zu geschehen:

a) Jeder erwachsene Arbeiter hat das Recht auf einen Mindestlohn, welcher ausreicht für den Unterhalt seiner Familie; die Höhe desselben soll in

Uebereinstimmung mit den Lebenskosten bestimmt werden.

b) Ueber das unantastbare Minimum hinaus soll der Anteil des Arbeiters in der Erzeugung der Leistung des Arbeiters entsprechen und einen Entgelt sichern für besondere Gewandtheit und Tüchtigkeit wie für besondere Anstrengungen, Gefahren und Risiken.

Für die kinderreichen Familien sind Einrichtungen zu schaffen, aus welchen diesen entsprechende Zuschläge gewährt werden.

Die Staatsgewalt soll durch objektive statistische Erhebungen über die Lebenskosten usw. die Lohngestaltung erleichtern.

In Industrien, wo keine genügende Gewerkschaftsbewegung besteht, hat die Staatsgewalt durch Lohnkommissionen und dergleichen für die wirtschaftliche Existenzsicherung der Arbeiter zu sorgen.

Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften haben bei dem in ihrem Dienste stehenden Personal den obengenannten Forderungen im Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen Folge zu geben.

Durch den Völkerbund sowie durch die internationale Organisation der Arbeit oder durch andere Institutionen, welche hierzu als geeignet erscheinen, sollen die Völker im Geiste dieses Programms zusammenwirken.

Die internationale Organisation der Arbeit soll den Arbeiterschutz durch Uebereinkommen und Ratsschlüsse fördern.

Die bisherigen Uebereinkommen und Ratsschlüsse der Konferenz von Washington, Genue und Genf bedeuten erst einen bescheidenen Anfang für den wirklichen Arbeiterschutz, welchen die Arbeiterklasse ihrerseits erwartet.

Sie soll sich nicht darauf beschränken, Einfluß zu üben auf die Länder, wo soziale Gesetzgebung nicht besteht oder ungenügend ist, sondern sie soll ihre Wirkung ausdehnen auf alle Länder im Sinne einer fortwährenden Verbesserung dieser Gesetzgebung.

Die Auswanderung der Arbeiter soll organisiert werden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit der sozialen Gesetze und der Gleichberechtigung der Einwanderer und der Landesangehörigen. Die Auswanderung

ganzer Gruppen soll nur ermöglicht werden im Einvernehmen mit den interessierten Wirtschaftsverbänden.

Damit die in den internationalen Arbeitskonferenzen festgestellten Uebereinkommen und Ratsschlüsse kräftigste mögliche Wirkung haben, werden die internationalen Verbände der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Landeszentralen sich darum bemühen, in den betreffenden Ländern ihre Anwendung durchzusetzen.

Damit die christliche Gewerkschaftsbewegung wirksam auf dieser Aufgabe mitwirken kann, muß sie in internationaler Organisation der Arbeit einen vollen und direkten Einfluß haben und in den internationalen Arbeitskonferenzen wie im Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes eine angemessene Vertretung haben.

Auf dem Gebiete der rechtmäßigen gewerkschaftlichen Forderungen ist der Internationale Bund christlicher Gewerkschaften bereit, mit allen interessierten Organisationen zusammenzuwirken.

C. Ausbildung der Arbeiterschaft.

Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften fordert eine allgemeine wirtschaftliche und technische Ausbildung der Arbeiterjugend. Sie betrachte diese als eine Voraussetzung, um der Arbeiterschaft sittliche, familiäre und soziale Wohlfahrt zu ermöglichen und die rationelle Entwicklung der Produktion zu fördern.

An die bis zum 14. Altersjahr verpflichtende Volksschule soll ein Berufsunterricht angeschlossen werden. Der Zutritt zum mittleren und höheren Unterricht jedem strebsamen und talentvollen Menschen. Rücksicht auf die finanzielle Lage seiner Eltern möglichst werden.

Die Voraussetzung für den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft bildet das gründliche Studium aller Zusammenhänge und Verhältnisse sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens, gesteigerte Arbeitsfreudigkeit und ein perfiziertes Verantwortungsbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl gegen Gesellschaft, Staat und Familie.

Metropol-Theater

Castrop, Kaiser-Friedrichstraße 21.

Altteste und hervorragendste
— Lichtbühne am Platze —
verbunden mit Cafe-Restaurant

Eigene elektr. Lichtzentrale - Zentralheizung.

Fernruf 144
Amt Castrop.

Freitag Samstag Sonntag Montag
14. 7. 15. 7. 16. 7. 17. 7.

MACISTE



Man soll es nicht für möglich halten

oder:
Maciste und die Javanerin.

Eine abenteuerliche Angelegenheit
in 5 Akten von Robert Viedmann.
Maciste, Manja Tyatschewa
u. **Carola Toci** in den Hauptrollen.
Was rennt das Volk — was wagt
sich dort... **Carola Toci** **Maciste** **Carola**
Stalla...

Lee Parry

Der Roman einer armen Sünderin

Ein Filmdrama in 6 Akten von H. Ortmann.

Michael Bohnen

Deportiert

Wienfurter-Film in 5 Akten.

Außerdem

Wilhelm Dieckmann — **Sermann**
Picha und **Carl Pflaen** in den Hauptrollen.

Dr. med. van Kempen ist wegen dringenden
Mordverdachts an seinen Pflegevater
auf Indylidenbeweise zu 15 jähriger
Zwangsarbeit deportiert worden.

Änderungen im Programm vorbehalten

Musik: 4024

Herr Kapellmeister Schmidt
mit seinen Künstlern.

Jugendliche unter 18 Jahren haben
auch in Begleitung Erwachsener
keinen Zutritt.

CAFE METROPOL

Täglich Konzert

von 5—11 Uhr. Gesangs- und
Zither-Soli des Kapellmeist. Roth.
Bedienung in bekannter Güte.

Ausbildung zum Chauffeur

erfolgt für jedermann aus jed. Berufe o. Berufs-
bildung i. d. Bochumer Privat-Chauffeur-Schule
Bergerstr. 77 u. 80. Von der hies. Verwaltungs-
behörde genehmigt. Eintritt i. d. Ausbildung kostenfrei.



M.-G.-V. „Liederhalle“ Castrop

Gegr. 1850.

Chormeister: Lehrer Fr. Peitz.

Sonntag, den 16. Juli 1922, nachmittags 5 Uhr:

Garten-Konzert

In den Anlagen des Herrn Thiel.

Mitwirkung: Mandolinen- u. Gitarrenvereinigung (Leit. Herr Bädler)

Eintrittspreis 10 Mark. 4025

Karten sind bei den Mitgliedern und an der Kasse zu haben.

Warnung.

Wir haben Veranlassung, vor dem Mißbrauch
unserer Bierflaschen und Flaschenkappen nachdrücklich
zu warnen. Unsere Flaschen und Flaschenkappen sind
unter allen Umständen unverkäuflich und bleiben unser
Eigentum, wo sie sich auch befinden mögen. Der dafür
gezahlte Betrag stellt in allen Fällen nur das Pfand,
niemals den Kaufpreis dar. Die Flaschen zeigen, in
das Glas eingepreßt, die Firma der Brauerei, deren
Eigentum sie sind, vielfach auch die Worte „Flasche
unverkäuflich“, die Flaschenkappen einen entsprechenden
Stempel.

Wer Brauereiflaschen oder Flaschenkappen verkauft
oder kauft, handelt widerrechtlich und macht sich strafbar
und schadenverursachend. Mißbrauch unseres Eigentums
liegt auch vor, wenn in unseren Flaschen oder Flaschen-
kappen Mineralwasser, Limonaden und andere Getränke
vertrieben werden oder wenn sie sonst in gewerblichen
Betrieben und Haushaltungen irgendwelche Verwen-
dung finden.

Wir lösen unsere Flaschen und Flaschenkappen überall
gegen das dafür hinterlegte Pfand (gegenwärtig 2 Mk.
je Flasche und 10 Mk. je Flaschenkappe) ein und lassen
sie auf Veranlassung, deren Kosten wir erstatten,
abholen.

Jedem, der uns hinterzogene Flaschen oder Flaschen-
kappen so nachweist, daß wir den Täter belangen können
und unser Eigentum zurückerhalten, zahlen wir eine
Belohnung von 2 Mark je Flasche und 10 Mark je
Flaschenkappe, unter Ausschluß des Rechtswegs. 4022

Im Juli 1922.

1. Bierbrauerei Gebrüder Müller A.-G., Langendreer.
2. Bürgerliches Brauhaus A.-G., Herne.
3. Schlegel-Schäpfer-Brauerei A.-G., Bochum.
4. Victoria-Brauerei A.-G., Bochum.
5. Gluckauf-Brauerei A.-G., Gelsenkirchen.

Bekanntmachung.

Als Ersatzmann für den infolge Verzugs
aus der Gemeinde-Vertretung Frohlinde
ausgeschiedenen Bergmanns Franz Winter-
berg ist der Landwirt und Bergmann Josef
Rüther in Frohlinde, Dortmundstraße 8,
festgestellt und von mir in sein Amt einge-
führt worden.

Rauzel, den 10. Juli 1922.

Der Amtmann:
Schulze.

2324

Bekanntmachung.

Das Reichsmietengesetz vom 24. März 1922
ist mit dem 1. Juli ds. Js. in Kraft ge-
treten. 2325

Nach § 18 dieses Gesetzes, sowie der vom
Herrn Wohlfahrtsminister zu diesem Gesetz
erlassenen Ausführungsverordnung vom 12.
Juni ds. Js. haben in Gemeinden mit über
2000 Einwohnern die Vermieter binnen 6
Wochen vom 1. Juli ds. Js. ab gerechnet
der Gemeindebehörde anzuzeigen, was ihnen
über die Höhe der das Haus betreffenden
Friedensmieten bekannt ist.

Aus dieser Anzeige muß insbesondere auch
der Mietzins für jede Wohnung od. sonstigen
Mietraum genau ersichtlich sein. Die An-
zeigen sind vor Absendung den Mietern oder
der Mietervertretung zur Kenntnisnahme und
zur Bescheinigung derselben vorzulegen.

Für die demnach im Amtsbezirk Rauzel
in Frage kommenden Gemeinden Rauzel und
Habinghorst sind diese Anzeigen bis spätestens
zum 12. August dieses Jahres an das hiesige
Wohnungsamt (Amtshaus Zimmer 38) ein-
zureichen.

Nach § 23 des Gesetzes wird der Vermieter,
der die obliegende Anzeige vorzüglich nicht
oder nicht rechtzeitig erstattet, oder wissen-
lich unrichtig, je oder unvollständige Angaben
macht, mit Geldstrafe bis zu hunderttausend
Mark oder mit Haft bestraft. 2325

Rauzel, Habinghorst, den 11. Juli 1922.

Röber
Gemeindevorsteher.

Regulski
Gemeindevorsteher. 4084

ROLAND

LICHT-SPIELE

Unser großer Sensations-Spielplan
bringt zwei gewaltige Sensationen.

Der 2. Teil unserer erfolgreichen Original
amerik. Wild-West-Schlagers:

Feuerkreis von Kalifornien

betitelt:

„Auf Leben und Tod“

6 weitere fabelhafte Akte, in welcher Joe „Der Schweig-
same“ in Gemeinschaft mit Lou, die Tochter des Ban-
ditenführers Durant, die gefährlichsten Abenteuer erlebt.

Der zweite Teil bringt tollkühne Wagnisse und Sen-
sationen wie solche nur der Amerikaner ausdenken
kann und fast nicht für möglich gehalten werden können.

Paul auf der Vergnügungsreise

Humoreske in 3 Akten.

Der große Nordisk-Film: 4085

Die Schande der Orlygssons

6 Akte nach dem isländisch. Roman v. Gunnar Gunnarsson

In den Bergen Islands liegt ein stolzes Bauerngehöft.
Das Geschlecht der Orlygssons, das dort auf ererbter
Scholle seit Menschengedenken seinen Wohnsitz hat,
ist das mächtigste und angesehenste im Umkreise. Der
älteste Sohn folgt nicht den Fußstapfen seiner Väter
sondern will Künstler werden. Der Regisseur hat ein
Gemälde hergestellt voll Wucht, voll Schatten und
Sonne, das Schicksal eines Künstlers — Die Schande
der Orlygssons.

Zu diesem Spielplan hat Herr Kapellmeister Valy Gallo
eine ganz besondere Musik zusammen gestellt.

Hautjucken

Ärztliche Behandlung man in 3
Tagen garantiert geruchlos
mit **Leupin**. Vorzüg-
liches Vorbeugungsmittel gegen
Flechte, Säuerhuden, Weim-
schäden, etc. Fabrik.

A. Stricker Brachweide 1. W.
Zu haben Drogerie, Kienemig
Drogerie Adler. 3565

1 Küchenherd

zu verkaufen. 4021
Näheres zu erfragen in
der Geschäftsstelle.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Landkreis Bochum.

Für unsere Geschäftsstelle Bladenhorst, die
150 bis 200 Mitglieder hat, wird zum 1.
August 1922 oder später ein geeigneter

Verwalter

(Geschäftsführer)

gesucht. Die Vergütung beträgt z. Jt. 5130
Mark jährlich und steigt bei zunehmender
Leistung und bei zunehmender Mitglieder-
zahl. Es handelt sich um eine Nebenbeschäfti-
gung für einen Geschäftsmann oder einen
pensionierten Beamten, der über eine geeig-
nete und gelegene Wohnung (Nähe Bahnhof
Rauzel) verfügt. 3955

Schriftliche Bewerbungen mit Angabe der
bisherigen Tätigkeit unter Beifügung etwai-
ger Zeugnisse umgehend erbeten.

Der Kassenvorstand: Feldhaus.

Für den Vorstand. Die Verwaltung:
Höfner, Hauptgeschäftsführer.

Verloren.

Dienstag, 11. d. Mts., abends gegen 8 Uhr in
der elektr. Bahn von Fern-Rauzel oder am
Bahnhof Rauzel, Fahrkartenschalter,

dunkelbraunleberne Aktentasche

Inhalt Geschäftsbriefe, Korrespondenzen mit
H. Georg Koch, Dortmund, für den Finder wert-
los, liegen gelassen. Dem Wiederbringer sicher
wir hohe Belohnung zu.

Abzugeben Straßenbahndepot Castrop oder in
der Expedition dieser Zeitung.

Rhein.-Nassauische Steinindustrie

G. m. b. H.

Bochum-Röhrenkirchen

Café Becker

Conditor u. Welaustube
Täglich verschiedene Sorten Eis
in bekannter erstkl. Qualität. 2862

Preiswerte Möbel

wie

Küchen saubere Verarbeitung.
Schlafzimmer schöne schwere
Modelle 8990

Plüschsofas

Vertikows - Trumeauxspiegel

Bettstellen - Herde

kaufen Sie noch zu billigen
Preisen im

Möbelhaus R. Baum!

Castrop Viktorlastraße

Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Schallplatten

und sämtliche Ersatzteile

empfehlen preiswert und gut

Reinh. Neumann, Sodingen

Mont-Canisstr. 21 (gegenüber dem Markt).
Reparaturen aller Fabrikate werden prompt
und sachgemäß ausgeführt. 8510